

## 7 Informationspolitik während der Kennedy-Administration

### 7.1 Innenpolitische Kräfteverschiebung durch die Wahl Kennedys

Mit der Wahl Präsident Kennedys wurde das Arbeitsumfeld des Moss-Ausschusses grundsätzlich verändert. Durch die parallelen Nachwahlen zum 87. Kongress war die Mehrheit der demokratischen Partei in beiden Häusern nur unwesentlich verändert worden. Im Zusammenspiel mit der neuen Dominanz der demokratischen Partei im Weißen Haus wurde dem Moss-Ausschuss der Antagonismus der Parteien als Motor genommen.

Eine mögliche Reaktion auf dieses veränderte Umfeld wäre der Abbruch der Untersuchung und das Auflösen des Moss-Ausschusses gewesen. Zum Zeitpunkt der Wahl Kennedys war die Untersuchung der exekutiven Informationspolitik jedoch zu weit fortgeschritten und hatte zu viel Unterstützung der Presse, um sie noch abubrechen.<sup>1</sup> In dieser Situation kam die Glaubwürdigkeit der demokratischen Mitglieder des Moss-Ausschusses auf den Prüfstand. Würden sie und ihre demokratischen Kollegen im *Senate Subcommittee on Constitutional Rights* (Hennings-Ausschuss) die Informationspolitik der Kennedy-Administration ebenso kritisch begleiten wie die der Eisenhower-Administration? Die Frage hatte für die betroffenen Abgeordneten besondere Bedeutung, weil sie neben ihren politischen Gegnern auch von der 'Informationsfreiheits-Klientel' gestellt wurde.

Für Moss und seine Mitstreiter war vorhersehbar, dass systemimmanente informationspolitische Konflikte während Kennedys Amtszeit ebenso auftauchen würden wie während der Amtszeit Eisenhowers. Moss versuchte deshalb, seine und die Glaubwürdigkeit der Kennedy-Administration durch Verweise auf Einschränkungen der von der Eisenhower-Administration praktizierten Geheimhaltung zu belegen. Gleichzeitig veränderte sich der Ton im Umgang zwischen dem Moss-Ausschuss und der Exekutive. Aus Moss' Sicht galt es, Auseinandersetzungen mit der Kennedy-Administration zu vermeiden, um möglichst wenig Konflikte zwischen der eigenen Glaubwürdigkeit als Streiter für Transparenz und seiner parteipolitischen Loyalität aufkommen zu lassen.

Eine weitere Veränderung ergab sich aus der gestiegenen Aufmerksamkeit, die nach Moss' Einschätzung dem Thema Informationspolitik von den Medien entgegengebracht wurde. Diese Einschätzung ist schwer überprüfbar. Paul Fisher, der Direktor des *FOI-Center*, diagnostizierte im November 1960 in einer Rede vor der *National Editorial Association*, das Interesse am Themenfeld Pressefreiheit habe abgenommen:

"In a time of troubles, the flow of and stoppage of information from governors to governed seemed minor matters [...] There has not been so much speaking on the subject as in the past. Maybe the subject is talked out."<sup>2</sup>

Dieser Einschätzung entsprechen Zahlen, die Kostyu in seiner Dissertation über den Moss-Ausschuss nennt. Nach dessen Recherche wurde der Moss-Ausschuss nach der Wahl Kennedys wesentlich seltener in der *New York Times* erwähnt als davor. Die Aussagekraft der Zahlen von Kostyu ist indes aus mehreren Gründen zweifelhaft. Kostyu

---

<sup>1</sup> Archibald, Samuel J. (Dezember 1993): *The Early Years of the Freedom of Information Act - 1955 to 1974*, *Political Science and Politics*, Bd. 26, Nr. 4, S. 726-731.

<sup>2</sup> Fisher, Paul L. (Januar 1961): *FOI in the US, 1960*, *Freedom of Information Center Publication* Nr. 46, S. 3.

schreibt, der Moss-Ausschuss sei in der *New York Times* 1958 76-mal, 1960 10-mal und 1961 15-mal erwähnt worden.<sup>3</sup> Eine entsprechende Angabe für 1959 fehlt. Nach diesen Zahlen nahm das Interesse in der *New York Times* 1960, möglicherweise bereits 1959, deutlich ab. Der Machtwechsel von Eisenhower zu Kennedy erfolgte jedoch erst 1961. Eine Verknüpfung zwischen dem Machtwechsel im Weißen Haus und der Aufmerksamkeit der Medien für den Moss-Ausschuss lässt sich daher mit diesen Zahlen nicht befriedigend belegen. Darüber hinaus kann Kostyu nicht ausschließen, dass Faktoren, die weder mit dem Moss-Ausschuss noch mit dem Machtwechsel im Weißen Haus zusammenhängen, die Aufmerksamkeit der Medien bzw. der *New York Times* für den Moss-Ausschuss beeinflussten.

Für Moss' Einschätzung spricht die Aufnahme eines Bekenntnisses zu Transparenz der Regierungsgeschäfte in das Wahlkampfprogramm der demokratischen Partei:

"Freedom of Information: We reject the Republican contention that the workings of Government are the special private preserve of the Executive. The massive wall of secrecy erected between the Executive branch and the Congress as well as the citizen must be torn down. Information must flow freely, save in those areas in which national security is involved."<sup>4</sup>

Diesem Bekenntnis entsprechend hatten Kennedy und Johnson<sup>5</sup>, der Kandidat für die Vizepräsidentschaft, bereits während des Wahlkampfes für den Fall ihrer Wahl mehr Transparenz der Regierungsgeschäfte angekündigt.<sup>6</sup> Am 19. November 1960 führte der zu diesem Zeitpunkt bereits gewählte Vizepräsident Johnson innerhalb einer Rede anlässlich der Jahrestagung der *Associated Press Managing Editors Association* aus:

"In the years ahead, those of us in the executive branch must see that there is no smoke-screen of secrecy. The people of a free country have a right to know about the conduct of their public affairs [...] I can assure you that the Kennedy Administration believes in the fullest possible freedom of public information; that secrecy will not be invoked to cover up embarrassing human errors and painful facts; and that Senator Kennedy intends to establish an effective governmental machinery to support the public's right to know."<sup>7</sup>

Unmittelbar zu Beginn seiner Amtszeit versprach Präsident Kennedy in einem Brief an den Präsidenten der *American Society of Newspaper Editors*, seine Regierungsgeschäfte transparenter zu führen, als dies die Eisenhower-Administration getan habe:

"[...] within the rather narrow limits of national security the people of the United States are entitled to the fullest possible information about their government - and the President must see that they receive it."<sup>8</sup>

Dem Kongress teilte Kennedy im Februar 1961 in Form eines offiziellen Briefwechsels mit Moss mit, den Einsatz des Exekutivprivileges enger als sein Vorgänger auslegen zu wollen. Er schrieb, aus seiner Sicht sei das Exekutivprivileg ausschließlich ein persönli-

<sup>3</sup> Kostyu, Paul E. (1990): *The Moss Connection: The Freedom of Information Movement, Influence and John E. Moss*, Dissertation, Bowling Green State University, S. 183-185.

<sup>4</sup> Zitiert nach, Bailey, John M. (28. Oktober 1961): *Bailey Cites Info Strides in the JFK Administration*, *Editor and Publisher*, Bd. 94, S. 53.

<sup>5</sup> *Expect 'Fullest Possible' FoI, Johnson tells APME Convention* (November-Dezember 1960), *Freedom of Information Digest*, Bd. 2, Nr. 4, S. 1.

<sup>6</sup> *Freer News Flow With Kennedy Is Forecast to Sigma Delta Chi* (2. Dezember 1960), *New York Times*, S. 15, Sp. 5.

<sup>7</sup> *Johnson Pledges Full Information* (20. November 1960): *New York Times*, S. 45, Sp. 1.

<sup>8</sup> United States; President; Kennedy, John Fitzgerald (Januar-Februar 1961): *[Letter to Turner Catledge (Pres., ASNE; Editor, NY Times)]*, *Freedom of Information Digest*, Bd. 2, Nr. 5, S. 2.

ches Recht des Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter, das nur nach der Zustimmung des Präsidenten ausgeübt werden könne.<sup>9</sup> Diese Zusicherung war aus mehreren Gründen wichtig für Moss. Erstens signalisierte Kennedy damit, im Bereich der Informationspolitik mit dem Kongress ein besseres Verhältnis anzustreben, als dies während Eisenhowers Regentschaft der Fall gewesen war. Zweitens hob die Rolle, die Moss beim Arrangement dieses Briefwechsels gespielt hatte, dessen Prestige. Drittens war das Versprechen des Präsidenten, das Nutzen des Exekutivprivileges einschränken zu wollen, für die Arbeit des Moss-Ausschusses wichtig, weil nach dem Novellieren des *Housekeeping Statute* von großen Teilen der Verwaltung Informationsverweigerungen mit dem Exekutivprivileg legitimiert worden waren. Da das Exekutivprivileg praktisch außerhalb der gesetzlichen Reichweite des Kongresses liegt, war die Beschränkung dessen Nutzung eine wichtige Voraussetzung, um eine Neuregelung des Akteneinsichtsrechtes sinnvoll erscheinen zu lassen.<sup>10</sup>

Diese neue politische Situation steigerte auch die Erwartungshaltung der interessierten Medienvertreter gegenüber dem Moss-Ausschuss. Aus Sicht von Moss hatte unabhängig von der geschilderten Situation die Mehrheit der Medien der Kandidatur Kennedys kritisch gegenübergestanden. Für Journalisten und Medienvertreter, die dieser Gruppe zuzuordnen waren, lag es nahe, von Moss gerade während der Amtszeit eines Präsidenten aus der demokratischen Partei Erfolge beim Durchsetzen eines neuen Akteneinsichtsrechtes zu verlangen. Jedenfalls fühlte Moss sich diesem zweifachen Druck ausgesetzt.<sup>11</sup>

## 7.2 Neue Rollenverteilung im Konflikt um eine angemessene Informationspolitik der Exekutive

Durch den Machtwechsel im Weißen Haus wurden parallel zu Veränderungen in der Argumentationsweise von Moss, auch von Vertretern der republikanischen Partei neue Töne angeschlagen. Bereits kurz nach Kennedys Amtsübernahme wurde die Informationspolitik dessen Administration von der republikanischen Partei kritisiert.<sup>12</sup> Pierre Salinger, Kennedys Pressesprecher, wurde vorgeworfen, er strebe eine 'Koordination' - sprich 'Gleichschaltung' - der Pressearbeit der einzelnen Verwaltungseinheiten an. Ein weiterer Anlass für Kritik war ein Interviewverbot für die zwei U-2-Piloten der Luftwaffe, die aus russischer Gefangenschaft entlassen worden waren. Das *Republican Committee* unterstellte der Kennedy-Administration, sie versuche Nachrichten zu zensieren.<sup>13</sup> Anlass für diese Unterstellung bot ein Vorfall bei dem Fernsehsender CBS. CBS hatte entschieden, eine Sendung über einen russischen Spionagering nicht auszustrahlen - diese Entscheidung später jedoch revidiert. Gründe für diese Unstimmigkeit wurden nicht genannt. Im Sprachgebrauch der Republikaner hieß das "to Salingerize the news".<sup>14</sup> Der republikanische Senator Barry Goldwater fragte rhetorisch,

<sup>9</sup> Blanchard, Robert O. (1966): *The Moss Committee and a Federal Public Records Law (1955-1965)*, Dissertation, University of Syracuse, S. 122.

<sup>10</sup> Ebd., S. 148-149.

<sup>11</sup> Moss, John E. (13. Februar 1961), *Broadcasting*, S. 50.

<sup>12</sup> *News Policy Draws Republicans' Fire* (30. Januar 1961), *New York Times*, S. 17, Sp. 4. *News Policies of New Administration Scored* (Januar-Februar 1961), *Freedom of Information Digest*, Bd. 2, Nr. 5, S. 1.

<sup>13</sup> *News Policies of New Administration Scored* (Januar-Februar 1961), *Freedom of Information Digest*, Bd. 2, Nr. 5, 1.

<sup>14</sup> *G.O.P. Attacks Salinger And English Language* (26. Januar 1961), *New York Times*, S. 20, Sp. 5.

ob die Regierung eine Art "dictaphone type of 'gag rule' government bent on its own prestige or [...] a government of free speech which holds the people's interests paramount?"<sup>15</sup> sein wolle.

Wie innerhalb der Eisenhower-Administration fanden sich auch innerhalb der neuen Administration Mitarbeiter bereit, durch Indiskretionen die Informationspolitik anzugreifen. Schon im Januar 1961 berichtete die *New York Times*, ein Mitarbeiter der Administration warne vor Plänen der Administration, Nachrichten über Außen- und Sicherheitspolitik streng zu limitieren.<sup>16</sup>

An der Reaktion von Moss auf diese Anschuldigungen wird dessen neue Rolle plastisch. Moss kündigte an, die Problematik mit Salinger zu besprechen. Als Ergebnis der Besprechung verkündete er, die Kennedy-Administration werde mehr Informationen zugänglich machen. Moss versuchte seine Kritik konzilianter als früher zu äußern. Probleme in der Informationspolitik der Kennedy-Administration sollten nicht als Ausdruck eines allgemeinen Willens der Administration zu Geheimhaltung, sondern als Fehler, Missverständnis oder Überreaktionen einzelner Mitarbeiter begriffen werden. Das Thema wurde dennoch so virulent, dass Kennedy parallel zu dem Gespräch zwischen Moss und Salinger in seiner ersten Regierungserklärung versicherte, seine Administration werde keine Zensur ausüben, und Außenminister Dean Rusk sah sich in seiner ersten Pressekonferenz genötigt, Offenheit in seiner Amtsführung zu versprechen.<sup>17</sup>

### 7.3 News Management

Die Beteuerungen von Kennedy und Rusk wurden durch den neuen Stil in der exekutiven Informationspolitik kontrastiert. Kennedy kündigte im Februar an, Mitarbeiter der Administration würden offizielle Interviews in zunehmendem Maße durch Hintergrundgespräche ersetzen. Die dort gegebenen Informationen dürften den Quellen nicht konkret zugeschrieben werden.<sup>18</sup> Im März diskutierte Kennedy mit Vertretern der Finanz-, des Außen- und des Verteidigungsministeriums, wie der aus seiner Perspektive übermäßigen Zahl an Indiskretionen begegnet werden könnte.<sup>19</sup>

Diese Politik provozierte wiederum Kritik von Moss und führte auf dessen Initiative am 10. März zu einem Treffen von Vertretern der Administration, des Kongresses und der Presse, um allgemein akzeptable Umgangsformen zu finden.<sup>20</sup> Der Konflikt bot den Vertretern der republikanischen Partei eine weitere willkommene Gelegenheit, ihre neue Rolle als Verteidiger von Transparenz zu üben. Das *Republican National Committee*

<sup>15</sup> *Goldwater Asks If 'Gag Rule' Is Aim* (31. Januar 1961), *New York Times*, S. 19, Sp. 1.

<sup>16</sup> Raymond, Jack (28. Januar 1961): *Military Curbed on 'Tough Talks'*, *New York Times*, S. 1, 3, Sp. 3.

<sup>17</sup> *Bridges Assails U.S. 'Gag Policy'* (29. Januar 1961), *New York Times*, S. 1, 46, Sp. 3. *President Warns of Foreign Perils* (31. Januar 1961), *New York Times*, S. 1, 17, Sp. 8. *Views of Nation's Press on Kennedy's State of the Union Message* (1. Februar 1961), *New York Times*, S. 25, Sp. 4. *Text of Secretary of State Rusk's First News Conference on World Issues* (7. Februar 1961), *New York Times*, S. 10, Sp. 1.

<sup>18</sup> *Transcript of the Kennedy News Conference on Foreign and Domestic Matters* (9. Februar 1961), *New York Times*, S. 18, Sp. 2. Lindley, Ernest K. (20. Februar 1961): *For Background Only*, *Newsweek*, S. 38.

<sup>19</sup> *Rusk Backs Use of Nuclear Arms* (1. März 1961), *New York Times*, S. 1, 6, Sp. 5. *Random Notes in Washington: President Finds Secrets Aren't* (20. März 1961), *New York Times*, S. 14, Sp. 4.

<sup>20</sup> *Secrecy Issue Raised* (8. März 1961), *New York Times*, S. 12, Sp. 5. *Meeting on U.S. Policy* (9. März 1961), *New York Times*, S. 17, Sp. 6.

klagte die Kennedy-Administration an, sie nehme der Presse die Möglichkeit, die Bürger zu informieren.<sup>21</sup>

Als Ergebnis des Treffens vom 10. März wurde Salinger eine Liste mit 30 Beschwerden überreicht, die dieser in den folgenden 3 Monaten überprüfen wollte. 25 Beschwerden bezogen sich auf Vorfälle, die sich noch während der Amtszeit der Eisenhower-Administration ereignet hatten, der Rest betraf die Kennedy-Administration selbst. Konkret wurde Kritik an der Informationspolitik des Verteidigungsministeriums ausgeführt. Es wurde kritisiert, dass dort mit übermäßiger Härte versucht würde, Indiskretionen zu unterbinden. Moss warnte davor, diese Untersuchungen nach dem Vorbild früherer Administrationen zu übertreiben.<sup>22</sup>

Am 14. April, während eines von ihm arrangierten Treffens mit Journalisten, erläuterte Moss in einer Rede die Resultate des Treffens. Wie kaum anders zu erwarten war, zog er eine positive Bilanz der Informationspolitik der Kennedy-Administration.<sup>23</sup>

Er argumentierte, bisher habe sich gezeigt, dass die Kennedy-Administration bereit sei, Probleme in der Informationspolitik, die ihr vorgetragen würden, auch zu lösen. Kennedys Pressesprecher Salinger habe die ihm am 10. März überreichte Problemliste innerhalb weniger Tage an die betroffenen Ministerien und Behörden weitergereicht. Ein anderes positives Beispiel liefere ein Konflikt, der kurz zuvor zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress ausgetragen worden sei. Vertreter des Außenministeriums hätten vor einem Ausschuss des Kongresses jegliche Aussage zur Entwicklungspolitik in Südamerika verweigert. Bereits Stunden nachdem auf den ersten Seiten der Zeitungen über diese Aussageverweigerung berichtet worden war, seien die Vertreter des Außenministeriums neu instruiert worden. Ihre früheren Anweisungen hätten sie von Mitarbeitern des Außenministeriums erhalten, die angenommen hätten, an der Informationspolitik des Ministeriums hätte sich durch den Machtwechsel im Weißen Haus nichts geändert.

Bei seiner positiven Bewertung erwähnte Moss bezeichnenderweise eine Pressekonferenz nicht, die Außenminister Dean Rusk zusammen mit weiteren Mitarbeitern des Außenministeriums wenige Tage zuvor vor 500 Journalisten abgehalten hatte. Während der Pressekonferenz waren die Journalisten instruiert worden, die dort gegebenen Informationen nur ohne Quellenangabe verwenden zu dürfen.<sup>24</sup>

Wie die neue Öffentlichkeitsarbeit der Kennedy-Administration blieben auch Versuche des Verteidigungsministeriums, mehr Informationen geheim zu halten, in den Medien ein Thema.<sup>25</sup> Zur Wahrung seiner Glaubwürdigkeit sah Moss sich daher gezwungen, der Administration zu drohen, sie sollte nicht von ihrer bisherigen offenen Informationspolitik abweichen.<sup>26</sup>

<sup>21</sup> *White House Scored on Its News Policy* (23. März 1961), New York Times, S. 15, Sp. 2.

<sup>22</sup> *Moss Group Compiles FoI Complaint List* (März-April 1961), Freedom of Information Digest, Bd. 2, Nr. 6, S. 1.

<sup>23</sup> Moss, John E. (März-April 1961): *Moss Reviews Performance of New Administration in FoI Area*, Freedom of Information Digest, Bd. 2, Nr. 6, S. 7.

<sup>24</sup> *Radio-TV Briefed on Foreign Policy* (4. April 1961), New York Times, S. 75, Sp. 1.

<sup>25</sup> *Administration Tightens Curbs on Publicity From Pentagon* (14. April 1961), New York Times, S. 9, Sp. 3.

<sup>26</sup> *Secrecy Held Waning* (16. April 1961), New York Times, S. 38, Sp. 1.

### 7.3.1 Kennedy fordert die Medien zur Selbstzensur auf

Moss hatte die erste Nagelprobe zu bestehen, als in Reaktion auf die Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Fehlschlag der Invasion auf Kuba (*Bay of Pigs*) Kennedy am 27. April 1961 in einer Rede vor der *Bureau of Advertising* der *American Newspaper Publishers Association* die Medien insgesamt angriff und deren freiwillige Selbstzensur forderte:

"If the Press is awaiting a declaration of war before it imposes the self-discipline of combat condition, then I can only say no war ever imposed a greater threat to our security. [...] The danger has never been more clear and its presence has never been more imminent."<sup>27</sup>

Hinter der Forderung Kennedys stand die Beschuldigung, die Berichterstattung in den Medien über die Vorbereitungen der Invasion Kubas habe zu deren Scheitern beigetragen.<sup>28</sup> Dieser Vorwurf gründete auf die bereits während der Truman- und Eisenhower-Administration geäußerte Überlegung, die Pressefreiheit bzw. die durch sie erreichte Transparenz der Regierungsgeschäfte gefährde die nationale Sicherheit der USA.

Gleichlautende Äußerungen wurden auch von Vertretern der Kennedy-Administration gemacht. Rückblickend wirkten diese Äußerungen wie einer Vorbereitung der Rede von Kennedy. Bereits unmittelbar nach der Amtsübernahme Kennedys hatte dessen Pressesprecher Salinger in einer Rede vor dem *National Press Club* beklagt, zu viele Informationen über die militärische Stärke der USA seien öffentlich zugänglich, diese Problematik wollte er mit Moss besprechen. Mit anderen Worten, die Informationsflüsse sollten begrenzt werden.<sup>29</sup> Die Kritik, die nationale Sicherheit der USA würde durch Veröffentlichungen in den Medien gefährdet, wurde auch im Kongress geäußert:

Während einer nichtöffentlichen Anhörung des *Senate Armed Services Committee* am 5. April 1961 beklagte der demokratische Ausschussvorsitzende, Senator Richard B. Russel, die Presse mache durch ihre verantwortungslose Berichterstattung sowjetische Spionage überflüssig:

"This thing has gotten to a point where we practically have no secrets, where we practically have told the Russians in advance where everything is, where every detail to the last bomb, to the last missile is located."<sup>30</sup>

Darüber hinaus bestritt Russel, die Öffentlichkeit habe ein Recht, streng geheime militärische Informationen zu erfahren. Auch wenn die Presse es wieder und wieder berichte, interessiere die meisten Bürger nicht, dass die amerikanischen Polaris-U-Boote nur in Charleston, SC beladen werden könnten.

Der geladene Verteidigungsminister McNamara griff Russels Klage auf und kritisierte das Veröffentlichens von Informationen über militärische Schwächen der USA:

"Why should we tell Russia that the Zeus anti-missile developments may not be satisfactory? What we ought to be saying is that we have the most perfect anti-ICBM system that

<sup>27</sup> United States; President; Kennedy, John Fitzgerald (27. April 1961): *[Speech before ASNE]*, in, United States; Office of the Federal Register (Ed.) (1962) *John F. Kennedy. Public Papers of the Presidents of the United States*, Washington, D.C., S. 336-338.

<sup>28</sup> Newton, Virgil M. (Mai-Juni 1961): *Defense Department and Press Disagree on Responsibility for Military Security Breaches*, *Freedom of Information Digest*, Bd. 3, Nr. 1, S. 1.

<sup>29</sup> *Salinger Hints at Defense news Curbs* (Januar-Februar 1961), *Freedom of Information Digest*, Bd. 2, Nr. 5, S. 1.

<sup>30</sup> Raymond, Jack (11. Mai 1961): *McNamara Asks to Block Leaks in Security Data*, *New York Times*, S. 1, 8, Sp. 1.

the human mind will ever devise. Instead, the public domain is already full of statements that the Zeus may not be satisfactory; that it has deficiencies. [...] I think it is absurd to release that kind of information to the public."<sup>31</sup>

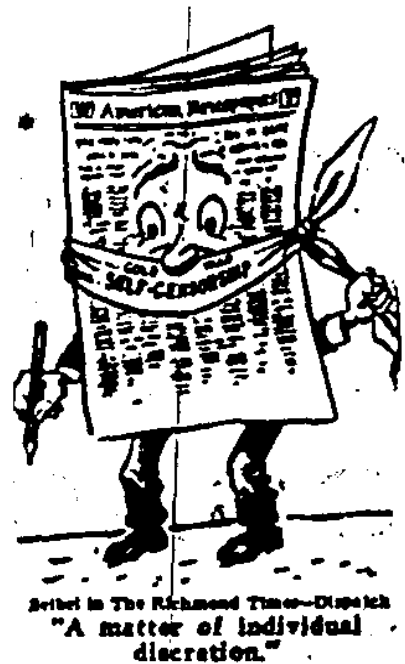
Die Argumentation war - wie gesagt - in gleicher Weise bereits während der Eisenhower-Administration geäußert worden. Neu war, dass jetzt der Präsident persönlich diese Überlegungen aufnahm und die Medien direkt zur Selbstzensur aufforderte. Mit seiner Rede fachte Kennedy den mit seiner Wahl zunächst beendeten Konflikt um Geheimhaltung neu an. In den gesamten USA wurde starker Protest laut.<sup>32</sup>

### 7.3.2 Reaktionen auf Kennedys Forderung

#### 7.3.2.1 Zeitungskommentare

Gemeinsam war den Kommentaren zu Kennedy Rede der patriotische Anspruch der Journalisten. Gleichzeitig klang Skepsis gegenüber dem Anspruch auf Zensur an. Diese Skepsis führte jedoch nicht zu einheitlichen Schlüssen. Die folgende Zusammenstellung macht das Meinungsspektrum zu Kennedys Forderung deutlich.

Aus der großen Zahl der Kommentare lassen sich einige vorherrschende Argumentationslinien herausfiltern:<sup>34</sup> Viele Kommentatoren lehnten ab, sich von der Regierung die Verantwortung für eine Selbstzensur aufbürden zu lassen. Sollte es Anlass für eine Zensur geben, sollte die Regierung klare Leitlinien für die Journalisten bereitstellen. Diese Argumentation wurde beispielsweise von Benjamin McKelway, dem Präsidenten von *Associated Press*, Frank J. Starzel, dem *General Manager* von *Associated Press*, Andrew Heiskell, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates von *Time, Inc.*, und von der Redaktion der *Seattle Times* vertreten.



Karikatur 6: "A Matter of Individual Discretion"<sup>33</sup>

Im Kontext dieser Argumentation wurde regelmäßig das Fehlen konkreter Leitlinien für die Entscheidungen, was nicht veröffentlicht werden sollte, beanstandet. Dieser Kritikpunkt wird in der obenstehenden Karikatur thematisiert. Im *Louisville Courier Journal* wurde beispielsweise treffend bemerkt, Kennedy fordere Zensur, ohne die negativen Folgen akzeptieren zu wollen. Dieses Dilemma sei der Grund, weshalb er so wenig konkret geblieben sei.

<sup>31</sup> Ebd., S. 1, 8, Sp. 1.

<sup>32</sup> *Press Is Cautious on Kennedy Plea* (28. April 1961), *New York Times*, S. 18, Sp. 5. *Newsmedia Wary on Curbing Facts* (29. April 1961), *New York Times*, S. 21. *Press Is Divided on Kennedy Talk* (30. April 1961), *New York Times*, S. 68.

<sup>33</sup> Seibel (14. Mai 1961): *A matter of individual discretion*, Nachdruck einer Karikatur aus 'The Richmond Times-Dispatch', *New York Times*, Teil IV, S. 11, Sp. 6.

<sup>34</sup> Die folgende Darstellung der Argumentationen in den Kommentaren zu Kennedys Aufforderung zur Selbstzensur der Medien stützt sich auf die Zusammenstellung einer Auswahl von Kommentaren, die in der *New York Times* veröffentlicht wurde: *Press Is Divided on Kennedy Talk* (30. April 1961), *New York Times*, S. 68.

Eine zweite Argumentationslinie verwies die Schuld für die von der Kennedy-Administration kritisierten Veröffentlichungen an die Administration zurück. Die sei selbst Quelle für die meisten Veröffentlichungen, die im Nachhinein kritisiert würden. Diese Linie stellten Frank H. Bartholomew, der Präsident und Vorstandsvorsitzende von *Associated Press International*, die *New Orleans Times Picayune*, die *Detroit Free Press*, der *San Francisco Chronicle* sowie die *Baltimore Sun* ins Zentrum ihrer Kommentare.

In einer weiteren Argumentationslinie wurde die Bedeutung der Pressefreiheit für ein demokratisches Regierungssystem in den Mittelpunkt gestellt. Im Editorial der *New York Herald Tribune* hieß es, am Ende nütze kompromissloses Berichten der nationalen Sicherheit am meisten. Gerade jetzt benötigten die USA mehr Offenheit und Fakten. Die *New York Post* kommentierte, eine freie Gesellschaft könne nicht halbfrei leben. Aus Sicht der *Newark Evening News* gehört die Pressefreiheit (*right to know*) zur demokratischen Regierungsform. Wenn dieser Wert die nationale Sicherheit gefährde, müsse der Präsident dies genauer beschreiben. Ähnlich äußerte sich Scott Newhall, der Herausgeber des *San Francisco Chronicle*.

Bei aller Ablehnung von Zensur lag den Journalisten auch daran, ihren Patriotismus zu dokumentieren. Die Redaktion des *New York Mirror* versprach ihrer Leserschaft, bei Entscheidungen über die Veröffentlichung von Artikeln die nationale Sicherheit nicht aus den Augen zu verlieren. Es könne jedoch nicht Anliegen von Journalisten sein, den Bürgern der USA Informationen vorzuenthalten, über die der Feind bereits verfüge. Der *Nashville Tennessean* schrieb, alle Zeitungsredaktionen seien bereit patriotisch zu handeln, die Pressefreiheit könne jedoch nicht kompromittiert werden.

Einige Redaktionen fanden den Mut, Kennedys Forderung nach Selbstzensur uneingeschränkt zu widersprechen. Die *Chicago Tribune* druckte, Kennedy habe auf verschleierte Weise eine Beschränkung der Pressefreiheit vorgeschlagen; dies läge nicht im Interesse der USA. Ähnlich sahen das die Redaktionen des *St. Louis Post Dispatch* und der *Minneapolis Tribune*. Kennedy habe Zensur vorgeschlagen, wie sie nur zu Kriegzeiten praktiziert werde. Dies sei augenblicklich nicht angemessen.

Im Lager der Journalisten gab es jedoch auch Verständnis für und Zustimmung zu Kennedys Forderung. Eisenhowers Pressesprecher und aktueller Präsident des Fernsehsenders ABC, James C. Hagerty, unterstützte Kennedys Forderungen uneingeschränkt. *The Milwaukee Journal* hielt die Forderungen Kennedys für voll berechtigt. In ihr war zu lesen, auch wenn die Presse bereits verantwortungsvoll handle, bestehe immer Raum für Verbesserungen. Im *Portland Oregonian* stand, Kennedys Forderungen seien grundsätzlich richtig. Neben der Presse müssten allerdings auch die Regierungsvertreter ihrer Verantwortung gerecht werden, indem sie die Öffentlichkeit besser informierten und Indiskretionen unterbunden würden. Im *Los Angeles Herald Express* wurde eingeräumt, Kennedys Forderungen träfen auf Kommentare zu, welche die internationale Rolle der USA kritisierten und dabei dem nationalen Ansehen schaden. Kritik an der Veröffentlichung konkreter militärisch relevanter Informationen sei indes nicht angebracht, weil diese direkt von der Regierung stammten. John Cowels, Besitzer und Herausgeber des *Minneapolis Star and Tribune*, stimmte den Forderungen Kennedys zunächst zu, verband diese Zustimmung jedoch mit der Forderung, das Verbreiten von einmal publizierten Informationen nicht zu untersagen, da der Feind dann ohnehin Bescheid wisse.



### 7.3.2.2 Kennedys Kommentierung seiner Forderung

Wohl zum Vermeiden eines unmittelbaren Konfliktes zwischen den Medien und der Kennedy-Administration wurde in einigen Kommentaren das Einsetzen von Kommissionen zur Untersuchung der Problematik oder zum Erarbeiten von Leitlinien für das Entscheiden über geplante Veröffentlichungen vorgeschlagen.

Zirka zwei Wochen nach der umstrittenen Rede Kennedys wurde der Konflikt erneut angeheizt. In der *New York Times* wurde über die oben erwähnte nichtöffentliche Sitzung des *Senate Armed Services Committee* berichtet.<sup>35</sup> Die in dem Artikel wiedergegebenen Äußerungen des Ausschussvorsitzenden und des Verteidigungsministers lösten erneut Proteste von Medienvertretern und Politikern aus.<sup>36</sup> McNamara wurde vorgeworfen, er habe versucht, *news management* zu legitimieren. Kritik an McNamaras Äußerungen kam von Vertretern beider Parteien, unter anderen von Senator Hugh Scott<sup>37</sup>, einem früheren Vorsitzenden der republikanischen Partei und von Moss<sup>38</sup>.

Als Reaktion auf den Konflikt konferierte Kennedy am 9. Mai 1961 mit einer Gruppe von Medienvertretern. Die Konferenz führte zu keinem Ergebnis. Am selben Tag sprach Kennedy vor der *National Broadcasters Association*. In seiner Rede bestritt er, irgendeine Form von Zensur anzustreben, er befürworte Berichte über Fehlschläge genauso wie Berichte über Erfolge.

Den parteipolitischen Kontrapunkt zu Kennedy setzte an diesem Tag der spätere Präsident Richard Nixon.<sup>39</sup> In einer Rede vor dem *Detroit Press Club* führte er aus:

"The whole concept of a return to secrecy in peacetime demonstrates a profound misunderstanding of the role of a free press as opposed to that of a controlled press. [... Kennedy's pleas for self-censorship, C.B.] inevitably encourage government officials to further withhold information to which the public is entitled [...] the plea for security could well become a cloak for errors, misjudgments and other failings of government."<sup>40</sup>

Zwei Tage später untergrub Kennedys Pressesprecher, Pierre Salinger, die Glaubwürdigkeit seines Dienstherrn. Er bestätigte die Meldung des *Boston Globe*, Kennedy habe während der oben erwähnten Konferenz am 9. Mai, am selben Tag also, an welcher er abends vor der *National Broadcasters Association* bestritten hatte, irgendeine Form von Zensur anzustreben, das Einsetzen eines "editor-advisor" vorgeschlagen. Pressevertreter kommentierten, innerhalb des Gespräches habe Kennedy diesen Vorschlag nicht unterbreitet. In einem Interview am 8. Juni forderte Kennedy erneut Selbstzensur von den Medien.<sup>41</sup>

Der geschilderte Konflikt kann als ritualisiertes Geplänkel zwischen einer Administration und den Medien interpretiert werden, dessen reale Auswirkungen in keinem Verhältnis zu dem entfachten publizistischen Aufruhr standen. Solch eine Einschätzung verkennt indes leicht die Bedeutung solcher Rituale für das Bewahren bestimmter Tra-

<sup>35</sup> Raymond, Jack (11. Mai 1961): *M'Namara Asks to Block Leaks in Security Data*, *New York Times*, S. 1, 8, Sp. 1.

<sup>36</sup> *M'Namara Gives His News Policy* (12. Mai 1961), *New York Times*, S. 10, Sp. 2.

<sup>37</sup> Ebd., S. 10, Sp. 2. Siehe auch, *President Warns of Test of Nerve* (9. Mai 1961), *New York Times*, S. 2, Sp. 3.

<sup>38</sup> *U.S. Tightens Its Restrictions on Pentagon Intelligence Data* (13. Mai 1961), *New York Times*, S. 1, 3, Sp. 7.

<sup>39</sup> *Nixon Farm Talk Attacks Kennedy* (7. Mai 1961), *New York Times*, S. 48, Sp. 1.

<sup>40</sup> *Kennedy Pledges Free News Access* (10. Mai 1961), *New York Times*, S. 3, Sp. 1.

<sup>41</sup> Mills, Bert (Juni 1961): *FOI Under Kennedy*, *National Publisher*, Bd. 41, Nr. 6, S. 14-15. *Kennedy Weighs Advisors to Press* (20. Mai 1961), *New York Times*, S. 8, Sp. 5.

ditionen, hier der Pressefreiheit. Die Auswirkungen des Konfliktes werden auch an Ergebnissen einer von *Gallup Poll* durchgeführten Umfrage deutlich. Fast die Hälfte der Befragten hatten sich für das Zensieren von Radio- und Fernsehprogrammen durch die Regierung ausgesprochen. Ein Drittel der Befragten hatte dem auch für Zeitungen zugestimmt. Dieses Ergebnis wurde direkt auf die Rede Kennedys zurückgeführt.<sup>42</sup>

Der Konflikt stellte nicht nur, wie zu Beginn des Kapitels angemerkt, ein Problem für Moss dar, der durch den Lauf der Ereignisse gezwungen wurde, zwischen Parteiloyalität und Bewahrung seiner Stellung als Kämpfer für Pressefreiheit zu lavieren. Aus der Sicht der Streiter für mehr Transparenz in den Regierungsgeschäften ließ die Diskussion über die Zensur der Medien bei der breiten Bevölkerung den Anspruch auf Transparenz der Regierungsgeschäfte problematisch erscheinen. So wurde auch die gerade erwähnte Umfrage gedeutet. Angesichts der damals aktuellen internationalen sicherheitspolitischen Situation - im Januar 1961 waren die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen worden, im April 1961 war die Invasion in der Schweinebucht fehlgeschlagen, im August 1961 war in Berlin mit dem Bau der Mauer begonnen worden - waren die Ängste der Bevölkerung vor einem Krieg mit der Sowjetunion so groß, dass Forderungen nach Transparenz der Regierungsgeschäfte nebensächlich erscheinen mussten. Aus dieser Sichtweise folgte, dass bei einem Konflikt zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und dem Anspruch nach politischer Transparenz letzteres zurückstehen musste.

Diese Überlegungen hatten jedoch als zentrale Voraussetzung ein bestimmtes Maß an 'Grundvertrauen' in das amerikanische Regierungssystem. Dieser Koppelung - Grundvertrauen in die Regierung und deshalb Akzeptanz von Geheimhaltung - kommt darüber hinaus Bedeutung zu, weil die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Lage der USA für das Gros der Bürger durch die Aussagen ihrer Regierungsvertreter bestimmt wurde. In dieser Situation konnte ein Verlust der Glaubwürdigkeit dieser Autoritäten nicht nur die Wertschätzung von Pressefreiheit und daran geknüpfte Forderungen nach Transparenz aufwerten, sondern unter Umständen auch die gegen die Pressefreiheit ins Feld geführte Einschätzung der Bedrohungssituation einer neuen Bewertung zugänglich machen.

### **7.3.3 "Das Recht zu lügen" I: Invasion Kubas**

#### **7.3.3.1 Vorbemerkung**

Kennedys Vorstoß war nur ein Symptom für die Konfliktlage zwischen der Kennedy-Administration und den Medien. Die Konfliktlage ergab sich zu wesentlichen Teilen aus drei konkurrierenden Interessen.

Zum einen erzeugte der Kalte Krieg eine paranoide Stimmung, welche alle Geschehnisse auf ihre Auswirkungen auf die Rivalität zwischen den beiden Großmächten bezogen wurden. Im Bereich des Journalismus führte dies teils unterschwellig, teils offen zu einer Prüfung der 'sicherheitspolitischen' Auswirkungen des Publizierens bestimmter Nachrichten. Immer wieder wurde der Vorwurf geäußert, das Publizieren bestimmter Nachrichten nütze dem Feind mehr als das Unterlassen des Publizierens dieser Informationen den Bürgern der USA schade.

---

<sup>42</sup> Ergebnisse der Gallup Umfrage nach, *Kennedy Appeals for Press Self-Restraint* (Mai-Juni 1961), *Freedom of Information Digest*, Bd. 3, Nr. 1, S. 1.

Der zweite Faktor war das für alle Administrationen geltende Interesse, die eigene Arbeit möglichst positiv darzustellen. Dieses Interesse äußert sich neben dem Durchführen von Werbemaßnahmen in Versuchen, unliebsame Informationen geheim zu halten. Im Kontext des Kalten Krieg war es für die jeweils amtierende Administration sehr verführerisch, unangenehme Informationen mit einem Verweis auf die sicherheitspolitische Lage geheim zu halten.

Diese zunächst eindeutig erscheinende Interessenlage der Administration wurde jedoch durch Rivalitäten oder simple Unachtsamkeit kompliziert. Dies führte innerhalb der Administration immer wieder zu Situationen, in welchen einzelne Akteure aus der Administration Informationen verbreiteten, die andere für besonders schützenswert hielten. Dies geschah teilweise offen oder offiziell, beispielsweise wenn sich eine der drei Waffengattungen gegenüber den anderen beiden profilieren wollte. In anderen Fällen wurden mit Indiskretionen gearbeitet.

Der dritte Faktor war je nach Blickwinkel das geschäftliche bzw. das berufliche Interesse der Journalisten, ihren Kunden immer die spannendsten und neuesten Informationen zu bieten. Für das journalistische Arbeiten ergab sich aus der oben beschriebenen Konstellation oft die Chance bzw. das Problem, Informationen von hohem Nachrichtenwert in Händen zu halten und gleichzeitig zu wissen, dass deren Publikation Vorwürfe produzieren würde. Aufgrund der aufgeladenen politischen Situation konnte auch die Schärfe der provozierten Anschuldigungen entsprechend stark sein. Das Spektrum reichte von dem Vorwurf unsensibel gehandelt zu haben bis zu Drohungen mit Strafverfahren wegen Hochverrates.

Das Zusammenspiel dieser drei Faktoren war nicht auf die Regierungszeit der Kennedy-Administration beschränkt. Sowohl die Administrationen vor als auch die nach der Kennedy-Administration agierten in grundsätzlich ähnlichen Kontexten. Für das Verständnis der Informationspolitik der Kennedy-Administration bedarf es der besonderen Berücksichtigung der Schärfe des Ost-West-Konfliktes während Kennedys Regentschaft.

In Afrika lösten sich seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Kolonien aus ihrer Abhängigkeit (1954-62 Algerienkrieg, 1962 Kongokrise). In Vietnam wurde seit 1957 mit dem zweiten Indochinakrieg ein ähnlich gelagerter Konflikt ausgetragen. Auch die 1959 erfolgreiche Revolution gegen das Regime des Diktators Batista auf Kuba lässt sich in diese Reihe einordnen. Unabhängig von den regionalen Besonderheiten dieser Konflikte war an sie alle die Frage geknüpft, welcher Supermacht es gelingen würde, den sich neu formierenden unabhängigen Staat in seine Einflussosphäre einzuordnen.

Parallel zu diesen Konflikten verschärfte sich der atomare Rüstungswettlauf. 1960 zündete Frankreich seine erste Atombombe, und die USA rüsteten erstmals U-Boote mit Atomraketen aus. Im folgenden Jahr zündet die UdSSR die sogenannte Superbombe, Sie hatte die 2500fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Die USA reagierten mit der Einführung taktischer Atomwaffen. 1964 zündete China seine erste Atombombe.

Ein weiteres Feld zur Austragung der Rivalität zwischen der UdSSR und den USA war die Raumfahrt. Nachdem die UdSSR mit dem Start des Sputnik erstmals ihre Fähigkeiten in der Raketentechnik demonstrieren konnte, gelang dies 1961 durch die erste bemannte Erdumkreisung erneut.

Am greifbarsten wurde der Konflikt zwischen den beiden Weltmächten im August in der Berlinkrise und im Oktober 1962 in der Kubakrise.

Wie im folgenden deutlich werden wird, führte der 'außenpolitische' Konflikt 'Kalter Krieg' innerhalb der USA dazu, dass die Kennedy-Administration - zugespitzt formuliert - forderte, die Informationspolitik müsse innerhalb des Kalten Krieges wie andere Waffen auch eingesetzt werden.

### 7.3.3.2 Invasion in der Schweinebucht

Innerhalb der Debatte um das *news management* durch die Kennedy-Administration im Allgemeinen und um die Informationspolitik während des Versuches der Invasion Kubas im Besonderen, veröffentlichte James Reston am 10. Mai 1961 in der *New York Times* einen Artikel, in dem er den Wahrheitsgehalt der offiziellen Pressemeldungen der Kennedy-Administration untersuchte.

Reston nahm an, dass die Invasion mit einer Truppenstärke von 1.000 Mann versucht worden war. Zu Beginn der Invasion sprach die Kennedy-Administration von 5.000 Mann und bezeichnete das Unternehmen als 'Invasion'. Diese Angabe und der Ton der Meldung sollten, nach Restons Einschätzung, die Opposition auf Kuba zu einem Aufstand motivieren. Als deutlich wurde, dass die Invasion gescheitert war, sprach die Kennedy-Administration von einem 'Unternehmen' mit 200-400 Mann, das lediglich dazu gedient haben sollte, kubanische Oppositionelle mit Nachschub zu versorgen. Reston bewertete diese Informationspolitik wie folgt:

"Both times the press was debased for the government's purpose. Both times the Castro Government and its Soviet advisers knew from their agents in the anti-Castro refugee camps and from their own observation on the beaches that these pronouncements were false and silly. And both times the American people were the only ones to be fooled.

It is therefore one thing to ask the press not to publish information about specific landings or weapons, and another to encourage the press to publish information known by the government to be false. Officials here not only encouraged the publication of false information on the Cuban exercise, but resented publication of the fact that the C.I.A. actually imprisoned Cuban refugees because the latter didn't like the way the C.I.A. was running the show."<sup>43</sup>

Diese Analyse steigerte kurzzeitig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die Frage nach dem Verhältnis der Kennedy-Administration zum Lügen. Diese Sensibilität kommt in dem Kommentar zum Ausdruck, der zusammen mit Restons Artikel veröffentlicht worden war:

"The Cuban tragedy has raised a domestic question that is likely to come up again and again until it is solved [...]: is a democratic government in an open society such as ours ever justified in deceiving its own people?

In this period of cold war, [...] there must be secrets kept from the American public in order to preserve them from our adversaries. [...]

But the government has a duty also. Neither prudence nor ethics can justify any administration in telling the public things that are not so. A year ago this month, when an American plane was shot down over Russia, the State Department said that 'there was no deliberate attempt to violate soviet space and there never has been.' This was not true. It was

<sup>43</sup> Reston, James B. (10. Mai 1961): *Washington: The President and the Press - The Old Dilemma*, New York Times, S. 44, Sp. 4.

not even usefully untrue, for the Russians already held the pilot [...] and had secured a confession from him.

The recent Cuban episode has not been so clear. [...] men were recruited in this country for the projected attack on Cuba. The fact was well known in and around Miami prior to the attack, and could not be kept secret [...].

What some leaders of our government stated in this regard did not square with the facts. If they could not reveal the facts, they would have done better to remain silent. A democracy - our democracy - cannot be lied to. This is one of the factors that make it more precious, more delicate, more difficult, and yet essentially stronger than any other form of government in the world.

The basic principle involved is that of confidence. A dictatorship can get along without an informed public opinion. A democracy cannot. Not only is it unethical to deceive one's own public as part of a system of deceiving an adversary government; it is also foolish. Our executive officers and our national legislators are elected on stated days, but actually they must be re-elected day by day by popular understanding and support.

This is what is signified by a government by consent."<sup>44</sup>

Obwohl die Frage nach dem Wahrheitsgehalt von Aussagen von Mitgliedern der Kennedy-Administration schnell wieder vom Tisch war, kann davon ausgegangen werden, dass die interessierte Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen hatte, nach der U-2-Affäre erneut von einem Präsidenten bzw. von führenden Mitgliedern der Regierung belogen worden zu sein.

Zunächst richtete sich das informationspolitische Interesse jedoch wieder der Frage nach dem angemessenen Maß an Geheimhaltung zu. Am 11. Mai, einen Tag nach Restons Artikel, wurde in der *New York Times* über die oben bereits erwähnte Anhörung im Senat berichtet, während welcher sich Senator Russel und Verteidigungsminister McNamara so kritisch über angeblich die nationale Sicherheit der USA gefährdende Berichterstattung geäußert hatten.<sup>45</sup> Zwei Tage später kündigte das Verteidigungsministerium an, seine Regeln für das Klassifizieren zu verschärfen.<sup>46</sup>

Am selben Tag veröffentlichte die *Saturday Review* einen Artikel von Francis Rourke, der sich wie eine Antwort auf die Verschärfung der Geheimhaltung im Verteidigungsministerium liest:

"What is distinctive about governmental secrecy today is the vast range of information that is now subject to laws prohibiting the disclosure of official data. Apart from the classification system in national defense, which attempts to conceal a wide variety of military and diplomatic secrets from foreign espionage, there have been a great number of statutes enacted and executive regulation promulgated that attempt to prevent the unauthorized release of nondefense but nevertheless confidential information. And in areas where secrecy is not sanctioned by specific legal safeguards, Presidents can always invoke their executive privilege to withhold information when they choose to do so. As a result, there is virtually no area of the administrative process that has been left untouched by the claims of secrecy in modern American government."<sup>47</sup>

Da die Diskussion über die Fragen, wie viel Geheimhaltung angemessen sei und unter welchen Umständen eine Regierung mit Falschmeldungen operieren dürfe, für die breite

<sup>44</sup> *The Right not to Be Lied to* (10. Mai 1961), editorial, *New York Times*, S. 44, Sp. 1.

<sup>45</sup> Raymond, Jack (11. Mai 1961): *M'Namara Asks to Block Leaks in Security Data*, *New York Times*, S. 1, 8, Sp. 1.

<sup>46</sup> *U.S. Tightens Its Restrictions on Pentagon Intelligence Data* (13. Mai 1961), *New York Times*, S. 1, 3, Sp. 7.

<sup>47</sup> Rourke, Francis E. (13. Mai 1961): *How Much Should the Government Tell*, *Saturday Review*, Bd. XLIV, Nr. 19, S. 19.

Öffentlichkeit eng an die Auseinandersetzungen über Ereignisse um den misslungenen Versuch einer Invasion Kubas geknüpft war, verschwand die Problematik zunächst wieder aus den Schlagzeilen.

### 7.3.4 Zweite Aufforderung zur Selbstzensur

Die durch Kennedys Rede ausgelöste Debatte um eine Selbstzensur der Medien kam auch in der zweiten Jahreshälfte von 1961 nicht zu Ruhe. Im Juni betonte Kennedy, die von ihm geforderte Zensur solle von den Verantwortlichen in den Medien freiwillig durchgeführt werden. Mit dieser Formel erneuerte Kennedy seine Forderung vom April.<sup>49</sup>

Ein typischer Fall, der den Medien den Vorwurf eintrug, durch bestimmte Veröffentlichungen die nationale Sicherheit zu gefährden, ereignete sich im Juli 1961. *Newsweek* publizierte in seiner Ausgabe vom 3. Juli Notfallpläne für eine Berlinkrise. Später hieß es, selbst Kennedy habe zu diesem Zeitpunkt die Pläne noch nicht gekannt. Benjamin Bradlee, der Chef des Washingtoner Büros von *Newsweek*, behauptete, er habe zu dem Zeitpunkt, zu welchem er von den Plänen erfahren habe, nicht gewusst, dass sie klassifiziert gewesen seien. Gleichzeitig verweigerte *Newsweek* jedoch die Preisgabe der Quelle für die umstrittene Meldung.<sup>50</sup>

Eine Woche später warb Kennedys Außenminister Dean Rusk vor dem *National Press Club* um Verständnis für ein gewisses Maß an Geheimhaltung innerhalb der amerikanischen Außenpolitik.

"The public has a right to know including the right to that its serious business is being handled in a responsible fashion. For example, if there are differences between us and friendly nations about one or another aspects of the passing parade of events, these are more likely to be resolved by quiet conversation than by a public quarrel. [...]"

"Our policies are public, our purposes are those which the nation itself enjoins upon its government; in the main, our acts are public, because that is the way democracy moves. But diplomats cannot always be so, or else it would be little more than debate adding its fuel to the very fires it hopes to quench."<sup>51</sup>



"We Have a Report That a Newspaperman Asked You the Time — And You Told Him"  
—Herblock, *Washington Post*

Wie die Redaktion der *Washington Post* die Auskunftsfreude des Außenministeriums einschätzte, zeigt die Karikatur von Herbert Block zu dieser Problematik. Diese Karikatur wurde z. B. vom *Providence Journal* nachgedruckt. Dies verweist darauf, dass Herbert Block bzw. die Redaktion der *Washington Post* mit ihrer

<sup>48</sup> *G.O.P. Say Salinger Is 'Hiding the Truth'* (24. Juni 1961), *New York Times*, S. 8, Sp. 3.

<sup>49</sup> *Transcript of Kennedy's Talk to News Executives* (9. Juni 1961), *New York Times*, S. 2, Sp. 7.

<sup>50</sup> *Kennedy Orders FBI To Find Leak Source* (Juli-August 1961), *Freedom of Information Digest*, Bd. 3, Nr. 2, S. 1.

<sup>51</sup> Rusk, Dean (Juli-August 1961): *Right to Know of Diplomacy Defined by Secretary Rusk*, *Freedom of Information Digest*, Bd. 3, Nr. 2, S. 4.

Beurteilung der Informationspolitik, des Außenministeriums keine Einzelmeinung vertraten.

### 7.3.5 "Das Recht zu lügen" II: Kubakrise

Am 22. Oktober 1962 verkündete Kennedy öffentlich, auf Kuba würden sowjetische Raketen aufgestellt und er verlange von der UdSSR, diese wieder abziehen. Zum Durchsetzen ihrer Forderung installierte die Kennedy-Administration am 24. Oktober eine Seeblockade Kubas. Am 27. Oktober erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Am folgenden Tag lenkte Chruschtschow ein. Die Seeblockade Kubas durch die Marine der USA wurde am 22. November aufgehoben. Im Januar 1963 wurde das offizielle Ende der Kubakrise erklärt.

Während des gesamten Verlaufes der Kubakrise beschwerten sich Medienvertreter bei der Kennedy-Administration, zu wenige und oft falsche Informationen zu erhalten. Am 29. Oktober gab Arthur Sylvester, der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums,<sup>52</sup> der während der Krise das Herausgeben von militärischen Informationen kontrolliert hatte, zu, seine Informationspolitik als eine Art Waffe gebraucht zu haben und zu diesem Zweck Informationen geheimgehalten und manipuliert zu haben:

"[It is] part of the weaponry that a President has in the application of military force and related forces to the solution of political problems, or to the application of international political pressure. In the kind of world we live in, the generation of news by actions taken by the government becomes one weapon in a strained situation. The results, in my opinion, justify the methods we use."<sup>53</sup>

Mit seiner Aussage bezog sich Sylvester auf von der Kennedy-Administration lancierte Falschmeldungen wie die, eine Bombardierung oder Invasion Kubas stehe unmittelbar bevor.<sup>54</sup>

In den Medien stieß Sylvesters Stellungnahme auf wenig Verständnis.

Die *Washington Post* schrieb, nach negativen Erfahrungen während des Ersten Weltkrieges sei während des Zweiten Weltkrieges die Verantwortung für Zensur (*Office of Censorship*) und Propaganda (*Office of War Information*) getrennten Behörden zugewiesen worden. Diese Trennung sei jetzt von der Kennedy-Administration aufgehoben worden. Daraus resultiere, dass die Glaubwürdigkeit der Regierung in Krisenzeiten jetzt eingeschränkt sei.<sup>55</sup>

Kennedy verteidigte in einem Artikel in *Time* die Informationspolitik seiner Administration.<sup>56</sup> Im Kommentar der Ausgabe unterstützten auch deren Herausgeber die Informationspolitik der Kennedy-Administration.

"No one, least of all President Kennedy, was trying to con the press. His two press liaison officers were working overtime, by direct Presidential order, to keep reporters thoroughly informed. [...] Arthur Sylvester was holding three press conferences a day to see that

<sup>52</sup> Assistant Secretary of Defense for Public Affairs

<sup>53</sup> "Managed" News - A New "Weapon" in the U. S. Arsenal (12. November 1962), *U. S. News and World Report*, S. 48.

<sup>54</sup> *Pentagon Imposes Restraints on News Coverage* (1. November 1962), *New York Times*, S. 17, Sp. 2.

<sup>55</sup> [editorial about Asst Sec of Defense for Public Affairs, Arthur Sylvester's statement concerning news management as weapon] (1. November 1962), *Washington Post*. Siehe auch, *Weaponry [compilation of editorial comments on Pentagon news]* (12. November 1962), *Aviation Week*, S. 145-162.

<sup>56</sup> United States; President; Kennedy, John F. (2. November 1962), *Time*.

newsmen got every bit of intelligence they were entitled to. Pierre Salinger rushed White House bulletins to the reporters as soon as he got the word. Cabinet members, White House aides, Pentagon brass - everyone who knew at least part of the picture - painted it in painstaking detail in background briefings.

[...] For all the goof, for all the reportorial grumbling by the Washington press corps, the fact remained that the Cuban crisis was an unexpected situation - even in the cold war. It demanded the most careful handling of information that might affect the nation's security."<sup>57</sup>

Der Kommentar aus der *Time* verdeutlicht, dass angesichts des Ausganges der Kubakrise und der patriotischen Gefühle, die in ihrem Verlauf bei der amerikanischen Bevölkerung geweckt worden waren, in diesem Kontext eine Kritik an der Informationspolitik der Kennedy-Administration wenig erfolgversprechend war.

Das änderte sich zwei Monate später. Während einer Veranstaltung des *Deadline Club*, der New Yorker Sektion von *Sigma Delta Chi*, am 6. Dezember 1962 hielt erneut Kennedys *Assistant Secretary of Defense for Public Affairs*, Arthur Sylvester, eine Rede. Auf die Frage eines Journalisten, wie von der Regierung herausgegebene Falschmeldungen, wie "Präsident Kennedy kehre wegen einer Erkältung nach Washington zurück", während er sich in Wahrheit zu einer Krisensitzung über die Kubakrise begab, ethisch beurteilt werden sollten, antwortete Sylvester:

"It would seem to be basic, all through history, that **a government's right**, and by government I mean a people [...] that it's inherent in that government's right, if necessary, **to lie** to save itself when it's going up into a nuclear war. This seems to me basic."<sup>58</sup>  
[Hervorhebung, C.B.]

Er führte weiter aus, in einer Demokratie würden die Bürger an der Wahlurne entscheiden, ob solches Lügen gerechtfertigt gewesen sei. Viele Misserfolge in der Außenpolitik der USA erklärten sich daraus, dass frühere Administrationen die Macht von Informationen unterschätzt hätten. Sylvester zitierte zur Legitimation seiner Aussage John Moss:

"These are the horns of the dilemma on which we find ourselves. We have in the past few weeks experienced a degree of government news management which is unique in peacetime. News generated by government actions admittedly was used as a part of our cold war weaponry, and the weapons were successful. Seldom has our nation achieved a victory in international negotiations comparable to the victory in the Cuban crisis. Speaking and acting as the nation's own voice, President Kennedy prevented the Cold War from becoming a nuclear holocaust. As result of his position there is every hope that the Cold War combatants will be brought closer to a solution of their differences."

Viele Journalisten konnte Sylvester mit seiner Argumentation nicht überzeugen.<sup>59</sup> Sylvesters Stellungnahme löste eine Reihe von kritischen Kommentaren aus. Moss wurde von Pressevertretern stark gedrängt, diese neue Praxis der Informationspolitik kritisch zu untersuchen. Die Kubakrise wurde so zum Anlass für eine zweite Serie von Anhörungen im Moss-Ausschuss. In der ersten Anhörung im März 1963 protestierten Medienvertreter gegen die Inanspruchnahme der Kennedy-Administration auf ein Recht zu

<sup>57</sup> *Quarantining the News* [editorial] (2. November 1962), *Time*, S. 6.

<sup>58</sup> *Sylvester Defends News Policy; Notes Government's Right to Lie* (17. Dezember 1962), *Aviation Week*, S. 35.

<sup>59</sup> Johnson, Miles B.; Katz, Steven L. (1967): *The Government Secrecy Controversy, a Dispute Involving the Government and the Press in the Eisenhower, Kennedy, and Johnson Administrations*, New York, S. 83-88.



Lügen und forderten deren Rücknahme.<sup>60</sup> Moss äußerte Verständnis für das Vorgehen der Kennedy-Administration. Er führte zu Beginn der Anhörung aus:

"Guidelines which can and should be imposed on information during periods of crisis - guidelines which will make clear to the press and the public what to expect in a time of emergency. [...]"

The recent Cuban crisis is a classic example. This period, with its attendant confusion of news handling, brought into focus the need for careful advance planning for the purpose of keeping the public accurately informed without, at the same time, playing into the hands of our opponents."<sup>61</sup>

Auch nach der Anhörung im Moss-Ausschuss blieb die Problematik virulent. Das folgende Zitat aus einer Rede des Präsidenten der *American Newspaper Publishers Association* illustriert die Bedeutung, die Sylvesters Statement zugemessen wurde:

"The newspaper exists to bring its readers the truth; they need to know and understand. [...] two years ago President Kennedy in this same room rightly pointed out the existence of a 'dilemma' because of the present need for far greater public information, along with the need for 'far greater official secrecy.' I make no judgement as to the gravity of the dilemma at that time or at this time. There will always be that dilemma, of tension. But the dilemma will not be resolved by administration officials who assume the government's 'right to lie' to its own people. Aside from the morality of the matter, if a government, for whatever motives, begins to deceive its citizens, it has begun to corrode their trust. And once that corrosion begins, the viability of self-government is gravely in doubt."<sup>62</sup>

James Reston relativierte in der *New York Times* die Kritik an der Kennedy-Administration. Er entschuldigte die Informationspolitik der Kennedy-Administration mit der Einmaligkeit der Bedrohung, mit welcher sie konfrontiert gewesen sei:

"[...] The reflex of the press is to howl like a scalded dog every time it catches the Government tinkering with the truth, but it can scarcely apply normal procedures to the actions of the first American government ever engaged in facing up to the possibility of a nuclear war."<sup>63</sup>

Sachlich war das falsch. Durch die auf Kuba aufgestellten Raketen wurde die Bedrohungssituation für die USA nicht wesentlich verändert. Zu diesem Schluss waren bereits die Berater Kennedys gekommen. Den 'Showdown' der Kubakrise inszenierte Kennedy aus politischen, nicht aus militärischen Gründen.

Reston schloss seinen Artikel mit der ironischen Bemerkung, nur wenige hätten sich über die Informationspolitik beklagt, bevor Sylvester offen ausgesprochen hatte, was alle wussten.

Restons Analyse unterschlug die Frage, mit welchen Mechanismen Geheimhaltung und Propaganda auf ein unvermeidbares, aber eben nicht vorherbestimmbares Maß beschränkt werden können. So wie der Aufschrei der Presse eine Menge Selbstgerechtigkeit enthielt, birgt das Legitimieren von Geheimhaltung und Propaganda die Gefahr, diese Übel salonfähig zu machen.

<sup>60</sup> Toth, Robert C. (20. März 1963): *Federal Leaders Accused on News, Papers' Witnesses Charge 'Lying' in Time of Crisis*, *New York Times*, S. 1, 7, Sp. 1.

<sup>61</sup> United States; Congress; House of Representatives; Committee on Government Operations (1963): *Government Information Plans and Policies*, Part 1: News Media Panel Discussion, Department of State, Department of Defense, Hearing, Congress 88-1, Washington, D.C., S. 1-2.

<sup>62</sup> Kihss, Peter (25. April 1963): *U.S. Urged to Bar Slanting of News*, *New York Times*, S. 17, Sp. 1.

<sup>63</sup> Reston, James B. (2. November 1962): *Washington*, *New York Times*, S. 30, Sp. 3.

Restons Kritik an der selbstgerechten Position vieler Medienvertreter wird durch einen Artikel von Arthur Krock in der *New York Times* bestätigt. Krock war einer der aktivsten Streiter für Pressefreiheit und Transparenz der Regierungsgeschäfte. Wie Reston hielt er die Informationspolitik der Kennedy-Administration zwar für problematisch, jedoch unvermeidlich. Krock differenzierte seine Argumentation gegenüber der von Reston jedoch, indem er ausdrücklich auf die Möglichkeit des Missbrauches von Geheimhaltung und Propaganda verwies.<sup>64</sup>

Eine grundsätzlich weiter gefasste Analyse veröffentlichte James Wechsler, der Redakteur der Kommentarseite der *New York Post*, in dem Magazin *The Progressive*.<sup>65</sup>

Wechsler teilte die Kritik vieler Kollegen an der Informationspolitik der Kennedy-Administration während der Kubakrise. Gleichzeitig verwies er auf das grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch auf politische Transparenz und den Sachzwängen, die sich aus der Sicht der Machthaber ergeben. Wechsler beließ es jedoch nicht bei dieser oft gehörten Gegenüberstellung von Ideal und Realität, vielmehr diente sie ihm als Argumentationsgrundlage.

Wechsler zählte vier Gründe dafür auf, wieso seiner Meinung nach Kritik an der Politik der Kennedy-Administration während der Kubakrise die von ihr praktizierte Geheimhaltung nicht ins Zentrum dieser Kritik stellen sollte:

- Weil es keine pauschale Lösung für den Konflikt zwischen dem Anspruch auf Transparenz der Regierungsgeschäfte und teilweise notwendiger Geheimhaltung gebe.
- Weil die von der Kennedy-Administration während der Kubakrise praktizierte Geheimhaltung nicht zu wirklichen Problemen geführt habe.
- Weil die Kubakrise von nur kurzer Dauer gewesen sei.
- Weil er der Kennedy-Administration unterstelle, grundsätzlich eine Entspannungspolitik anzustreben.

Problematisch war aus Wechslers Sicht nicht, wie es von der Presse kritisiert worden war, das Geheimhalten einzelner militärischer Entscheidungen. Für ihn bestand das zentrale Problem vielmehr in dem Verzicht der Medien auf eine detaillierte Analyse der grundsätzlichen Leitlinien der amerikanischen Außenpolitik. Zu dieser unkritischen Haltung gehöre auch, argumentierte er, jeden Präsidenten, der den Konflikt mit einem anderen Staat suche, aus patriotischen Gründen zunächst zu unterstützen und Antikommunismus nicht zu hinterfragen. Die Presse werde erst wirklich kritisch, wenn sich abzeichne, dass innerhalb des außenpolitischen Establishments grundsätzliche Kritik an den Leitlinien der aktuellen Außenpolitik aufkeime. Das mit dem Kalten Krieg verbundene Leid verharmlose die Presse.

Wechsler fuhr fort, er wolle sich nicht gegen Kritik an der Informationspolitik der Kennedy-Administration aussprechen, sondern darauf verweisen, dass andere Aspekte der Politik kritikwürdiger seien, dass sich also viele Journalisten sich auf die falschen Konflikte konzentrierten.

<sup>64</sup> Krock, Arthur A. (17. Dezember 1962): *In the Nation*, New York Times, S. 6, Sp. 3.

<sup>65</sup> Wechsler, James A. (Januar 1963): *The President and the Press*, The Progressive, Bd. 27, Nr. 1, S. 16-20. Zusammenfassung nach, Johnson, Miles B.; Katz, Steven L. (1967): The Government Secrecy Controversy, a Dispute Involving the Government and the Press in the Eisenhower, Kennedy, and Johnson Administrations, New York, S. 78-79.

Die Analyse von Wechsler hilft, die Stärke bzw. Schwäche der Position von Medienvertretern in informationspolitischen Konflikten mit der Administration einzuschätzen. Wie Wechsler überzeugend analysierte, drückten sich viele Journalisten vor der Erkenntnis, dass die von ihnen kritisierte Informationspolitik der herrschenden Administration untrennbar mit Paradigmen verknüpft war, auf welcher diese Politik basierte. Kritik an der exekutiven Geheimhaltung, seriös formuliert, musste und muss deshalb auch heute die Grundlagen der Politik, die Geheimhaltung notwendig machen, einbeziehen.

Ohne diese tiefere Fundierung der Kritik an der Informationspolitik der Kennedy Administration fiel es den Medienvertretern schwer, sich gegen Vorwürfe zu Wehr zu setzen, sie verhielten sich unpatriotisch.

Die Verbindung zwischen Geheimhaltung und des ihr zugrunde liegenden Politikansatzes wirkt dabei immer in zwei Richtungen. Zum einen kann, wie gerade ausgeführt, Kritik an Geheimhaltung oft nicht völlig überzeugen, wenn sie nicht weit genug geht. Zum anderen werden mit der Durchsetzung von mehr politischer Transparenz automatisch die politischen Paradigmen in Frage gestellt, welche zuvor als Legitimation der Geheimhaltung genutzt wurden.

### 7.3.6 Berichterstattung aus Vietnam

Im Jahr nach der Kubakrise, 1962, wurden Auseinandersetzungen um die Berichterstattung über den Vietnamkrieg und die Rolle, welche die USA dort spielten, zu einem permanenten Thema in den Medien. Innerhalb einer Pressekonferenz im Februar kündigte Präsident Kennedy an, keine Freiheit der Berichterstattung über den Guerillakrieg in Vietnam garantieren zu können.<sup>66</sup> Parallel dazu wurde bereits über Behinderungen amerikanischer Journalisten in Vietnam berichtet.<sup>67</sup> Im Mai musste die amerikanische Armee zugeben, zwei amerikanischen Soldaten, die von den Vietcong freigelassen worden waren, befohlen zu haben, innerhalb einer Pressekonferenz zu lügen.<sup>68</sup> Im gleichen Zeitraum wurde aus Südvietnam erneut über eine Kampagne gegen dort tätige Journalisten berichtet.<sup>69</sup> General McNamara reiste aus Vietnam an, um im Kongress seine Sicht der Ereignisse in Vietnam darzulegen. Während seines Auftrittes im Kongress unterstellte McNamara den amerikanischen Medien, sie verbreiteten ein verzerrtes Bild über die Ereignisse dort. Im Gegenzug wurde der Kennedy-Administration von Medienvertretern unterstellt, die Zahlen über die amerikanischen Opfer in dem Krieg zu schönen. Außerdem beschwerten sich die Journalisten, bei den Hubschraubereinsätzen der amerikanischen Streitkräfte nicht mit an Bord sein zu dürfen und so daran gehindert zu werden, sich ein unabhängiges Bild von der Lage zu machen.<sup>70</sup>

Im Juli veröffentlichte *The Nation* einen Artikel, der die Vorwürfe vieler in Vietnam tätiger amerikanischer Journalisten zusammenfasste. Dort heißt es, es bestehe eine stille Übereinkunft zwischen dem amerikanischen Militär in Südvietnam und der südvietnamesischen Regierung, unliebsame Informationen vor der Presse geheim zu halten. In ei-

<sup>66</sup> *More U.S. Units Sent to Vietnam* (8. Februar 1962), New York Times, S. 7, Sp. 5.

<sup>67</sup> *Saigon Impeding Western Press* (24. März 1962), New York Times, S. 6, Sp. 1.

<sup>68</sup> *G.I.'s in Vietnam Lied as Ordered* (5. Mai 1962), New York Times, S. 8, Sp. 4.

<sup>69</sup> *Delays in Saigon Harass Newsmen* (7. Mai 1962), New York Times, S. 7, Sp. 1.

<sup>70</sup> *McNamara Terms Saigon Aid Ample* (12. Mai 1962), New York Times, S. 1, 2, Sp. 7.

nem in dem Artikel zitierten Brief an seine Redaktion beschreibt Homer Bigart, ein Korrespondent der *New York Times*, die Situation anschaulich:

"Too often correspondents are regarded by the American mission as tools of foreign policy. Those who balk are apt to find it a bit lonely, for they are likely to be distrusted and shunned by American and Vietnamese officials. I am sick of it [...]."<sup>71</sup>

Als drei Monate später der NBC Korrespondent J. Robinson mit der fadenscheinigen Begründung, er beachte die geltenden Gesetze nicht ausreichend, aus Südvietnam ausgewiesen wurde<sup>72</sup>, wirkte dies wie eine Bestätigung der in dem Artikel aus *The Nation* geäußerten Vorwürfe.

Im November 1962 ging die medienfeindliche Kooperation zwischen der amerikanischen und der südvietnamesischen Regierung so weit, dass sogar in Vietnam stationierte amerikanische Offiziere Kritik an dieser Politik äußerten.<sup>73</sup> Im Mai des folgenden Jahres musste das Weiße Haus die Existenz eines Memorandums zugeben, in welchem die Maßnahmen gegen eine kritische Berichterstattung aus Vietnam zusammengestellt sein sollten.<sup>74</sup>

Im Sommer 1963 verschärfte sich der Konflikt um die Berichterstattung aus Vietnam noch weiter. Die Streitkräfte weigerten sich, Journalisten zu den wichtigen Orten des Geschehens zu fliegen und das *American Military Information Office* versorgte Journalisten in Vietnam nicht mehr mit Informationen.<sup>75</sup> Amerikanische Soldaten auf dem Weg nach Vietnam wurden instruiert, ein geschöntes Bild von der dort herrschenden Situation zu geben.<sup>76</sup> Der Präsident der *American Society of Newspaper Editors* protestierte in einem Brief an Präsident Kennedy gegen die Behinderung von Journalisten in Vietnam.<sup>77</sup> Kennedy versprach in einem Antwortschreiben, sich für eine freie Pressearbeit in Vietnam einzusetzen.<sup>78</sup> Das Gegenteil geschah jedoch. Im August besetzten die 'verbündeten' vietnamesischen Truppen Telefon- und Telegrafämter und setzten eine strikte Zensur aller hereinkommenden und herausgehenden Nachrichten durch. David Halberstam, der Chefkorrespondent der *New York Times* in Vietnam, wurde von seiner Redaktion abgeschnitten.<sup>79</sup> Wenige Tage später wurden Halberstam und zwei weitere prominente amerikanische Fernsehjournalisten in Saigon von vietnamesischen Polizisten in Zivil zusammengeschlagen, nachdem sie sich geweigert hatten, Kameras konfiszieren zu lassen, mit welchen sie die Selbstverbrennung eines buddhistischen Mönches aufgenommen hatten.<sup>80</sup>

James Reston veröffentlichte als Reaktion auf diese Ereignisse in der *New York Times* einen Artikel, in welchem er der Kennedy-Administration unterstellte, das Informieren der amerikanischen Öffentlichkeit über die Ereignisse in Vietnam gezielt unterbinden zu

<sup>71</sup> Foisie, Jack (14. Juli 1962): *News Gap in South Vietnam*, *The Nation*, Bd. 195, Nr. 1, S. 12-13.

<sup>72</sup> *N.B.C. Newsmen Told to Leave Vietnam* (27. Oktober 1962), *New York Times*, S. 23, Sp. 6.

<sup>73</sup> *Curbs in Vietnam Irk U.S. Officers* (22. November 1962), *New York Times*, S. 6, Sp. 1.

<sup>74</sup> *Memo on Coverage of War Admitted* (8. Mai 1963), *New York Times*, S. 13, Sp. 4.

<sup>75</sup> Halberstam, David (10. Juni 1963): *U.S. Aides Balked in Vietnam Crisis: Americans Vexed by Inability to Act in Vietnam Dispute*, *New York Times*, S. 6, Sp. 4.

<sup>76</sup> Halberstam, David (24. Juni 1963): *G.I.'s Told Not to Criticize Vietnam*, *New York Times*, S. 11, Sp. 1.

<sup>77</sup> *U.S. Editors Send Protest To President on Vietnam* (22. Juli 1963), *New York Times*, S. 3, Sp. 1.

<sup>78</sup> *Kennedy Assures Editors Of Efforts on Vietnam* (3. August 1963), *New York Times*, S. 3, Sp. 5.

<sup>79</sup> Reston, James (21. August 1963): *Phone Links Cut*, *New York Times*, S. 1, Sp. 8.

<sup>80</sup> *Newsmen Beaten by Saigon Police* (6. Oktober 1963), *New York Times*, S. 20, Sp. 3.

wollen. Er forderte mehr Freiheiten für die amerikanischen Korrespondenten in Vietnam und mehr Verständnis der CIA über die Aktivitäten der Journalisten dort.<sup>81</sup> Im Gegenzug stritt der amerikanische Botschafter in Südvietnam ab, amerikanische Journalisten bei ihrer Arbeit zu behindern und verurteilte den Bericht des Moss-Ausschusses, der die Kennedy-Administration für ihre restriktive Informationspolitik im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg kritisierte.<sup>82</sup>

Dass der Moss-Ausschuss einen Bericht<sup>83</sup> über die Informationspolitik im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg veröffentlichte, zeigt die Wichtigkeit dieses Konfliktes. Für Moss brach hier der in Kapitel **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** (s. S. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**) antizipierte Konflikt zwischen der Loyalität zu seiner Partei und seiner Rolle als "Wachhund der Informationsfreiheit" (*FOI Watchdog*) auf. Die Veröffentlichung dieses Berichtes kann darüber hinaus als Indikator für die Stärke der 'Informationsfreiheits-Lobby' gewertet werden. Hier bestätigt sich die zu Anfang des Kapitels aufgestellte These, dass die Untersuchung der exekutiven Informationspolitik so weit fortgeschritten war, dass sie allein aus parteipolitischen Interesse nicht mehr gestoppt werden konnte.

### 7.3.7 *National Security Information*

Parallel zu den oben beschriebenen Auseinandersetzungen kam es zu den im Bereich der Informationspolitik üblichen Reibungen zwischen den Medien und der Administration. Zu diesen Reibungen zählten Diskussionen über das Geheimhalten von sogenannter *National Security Information*. In diesem Politikfeld versuchte die Kennedy-Administration, sich von der Praxis der Eisenhower-Administration zu lösen.

Am 20. September 1961 gab Kennedy die Exekutivorder 10964 heraus.<sup>84</sup> Mit dieser Exekutivorder wurde Eisenhowers Exekutivorder 10501 amendiert und unter anderem ein System zur automatischen Deklassifizierung eingeführt. Die Exekutivorder 10964 teilte das klassifizierte Material in vier Gruppen. Die Gruppen eins und zwei waren von der automatischen Deklassifikation ausgenommen. Material der Gruppe drei sollte in Intervallen von 12 Jahren jeweils um eine Kategorie deklassifiziert werden. Für Material der Gruppe vier wurde das Intervall auf drei Jahre festgelegt. Für diese Regel galten jedoch zahlreiche Ausnahmen. In jedem Fall ausgeschlossen waren Informationen, welche von Regierungen anderer Staaten oder internationalen Organisationen stammten oder die durch spezielle Gesetze geschützt waren.

Die Exekutivorder wurde von den Medien begrüßt.<sup>85</sup> Für Moss und die demokratischen Mitstreiter in seinem Ausschuss bildete der Erlass der Exekutivorder 10964 einen willkommenen Anlass, die Informationspolitik der Kennedy-Administration zu loben und damit auch selbst gegenüber den Medien wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Moss selbst nutzte die Entscheidung dazu, bei den Medien für Kennedy zu werben, in-

<sup>81</sup> Reston, James (11. September 1963): *Washington, New York Times*, S. 42, Sp. 3.

<sup>82</sup> Rowan *Denies He Curbed U.S. Newsmen in Vietnam* (4. Oktober 1963), *New York Times*, S. 6, Sp. 5.

<sup>83</sup> United States; Congress; House of Representatives; Committee on Government Operations; Subcommittee on Foreign Operations and Government Information (1. Oktober 1963): *United States Information Problems in Vietnam*, Report 88-797, Congress 88-1, Washington, D.C.

<sup>84</sup> United States; President; Kennedy John Fitzgerald (20. September 1961): *Executive Order 10964: Safeguarding Official Information in the Interest of the Defense of the United States*, *Federal Register*, Bd. 26, S. 8932.

<sup>85</sup> *President Eases Code on Secrecy* (21. September 1961), *New York Times*, S. 11, Sp. 5.

dem er ihn als "powerful new weapon" im Kampf gegen Geheimhaltung bezeichnete.<sup>86</sup> Ohne das grundsätzlich Positive der neuen Regelung bestreiten zu wollen, muss festgehalten werden, dass ihre praktischen Auswirkungen gering waren. Es handelte sich bei dieser Exekutivorder eher um eine werbende Geste an progressive Kreise, die Kennedy-Administration zu unterstützen.<sup>87</sup>

Diesem positiven Ansatz standen jedoch auch Entscheidungen der Kennedy-Administration gegen Transparenz gegenüber. Zum Beispiel wurde im November 1961 die Entscheidung, atmosphärische Atomtests wieder aufzunehmen, geheim gefällt.<sup>88</sup>

Im Februar 1962 wurde die Informationspolitik der Kennedy-Administration im Bereich der Sicherheitspolitik erneut kritisch diskutiert. Anlass war die Umgangsweise der Kennedy-Administration mit konservativen 'Abweichlern' innerhalb der Streitkräfte. Um diese Kritiker der Administration ruhig zu stellen, waren mehrere von ihren öffentlich gehaltenen Reden zensiert worden. Diese Fälle wurden im Kongress untersucht. Kennedy behinderte die Untersuchungen, indem er die Herausgabe der Namen der Zensoren mit Hinweis auf das Exekutivprivileg verweigerte. Diese Situation rief schlechte Erinnerungen an den Brief Eisenhowers hervor, mit welchem dieser Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums 1954 das Aussagen vor dem *Army-McCarthy-Ausschuss* untersagt hatte.<sup>89</sup> Der Brief markierte innerhalb der Regierungszeit der Eisenhower-Administration den Beginn einer bis dahin nicht gebräuchlich weiten Interpretation des Exekutivprivileges.

Diese Politik der Kennedy-Administration zwang Moss zu einer Reaktion. In einem Brief forderte er Kennedy auf, darzulegen, wie er künftig das Exekutivprivileg einsetzen wolle. Kennedy antwortete im März mit einem Brief, in welchem er versicherte, das Exekutive Privilege werde während seiner Regierungszeit nur nach seiner persönlichen Zustimmung eingesetzt werden.<sup>90</sup>

### 7.3.8 Analyse der *News Management*-Debatte

Die Kennedy-Administration war mit dem Anspruch angetreten, offener zu agieren, als es die Eisenhower-Administration getan hatte. Nach der Machtübernahme wurde die Kennedy-Administration mit Situationen konfrontiert, die ihr das Verwirklichen dieses Anspruches schwer machten. Die informationspolitischen Konflikte im Zusammenhang mit der misslungenen Invasion in der Schweinebucht, der Kubakrise und den Auseinandersetzungen innerhalb des militärischen Establishments um die zukünftige Sicherheitspolitik der USA sind Beispiele für diese schwierigen Situationen. In ihnen wurde die Kennedy-Administration ihren eigenen Ansprüchen an politische Transparenz nicht gerecht. Dies führte zu der beschriebenen Kritik an ihrer Informationspolitik. Die Kritik an der Kennedy-Administration unterschied sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von der inhaltlich vergleichbaren Kritik an der Eisenhower-Administration. Viele Kritiker billigten der Kennedy-Administration zu, den Anspruch auf Transparenz tatsächlich

<sup>86</sup> *Kennedy Praised as Foe of Secrecy* (24. September 1961), *New York Times*, S. 81, Sp. 1.

<sup>87</sup> Johnson, Miles B.; Katz, Steven L. (1967): *The Government Secrecy Controversy, a Dispute Involving the Government and the Press in the Eisenhower, Kennedy, and Johnson Administrations*, New York, S. 60-61.

<sup>88</sup> *A Courageous Editor* (2. November 1961), editorial, *New York Times*, S. 36, Sp. 1.

<sup>89</sup> *Kennedy Invokes Executive Privilege* (Januar-Februar 1962), *Freedom of Information Digest*, Bd. 3, Nr. 5, S. 6.

<sup>90</sup> *Federal Agencies Adopt Measures; Kennedy Narrows "Executive Privilege" Right* (März-April 1962), *Freedom of Information Digest*, Bd. 3, Nr. 6, S. 1.

verwirklichen zu wollen.<sup>91</sup> Sie sahen die Informationspolitik der frühen Kennedy-Administration deshalb auf einem Zickzackkurs. Einerseits beschränkte Kennedy die Inanspruchnahme des Exekutivprivileges und beförderte durch das Erlassen der Exekutivorder 10964 das Deklassifizieren, andererseits wurden regierungskritische Militärs mundtot gemacht, und Kennedy forderte die Medien offen auf, die durch die Verfassung garantierte Pressefreiheit selbst einzuschränken.

Aus der Perspektive wohlwollender Kritiker der Informationspolitik der Kennedy-Administration war die Aufforderung des Präsidenten an die Medien, Selbstzensur zu üben, der Versuch, die Verantwortung für die Entscheidungen, welche "news fit to print"<sup>92</sup> seien, von der Regierung auf die Medien abzuwälzen, um sich selbst nicht schuldig machen zu müssen.<sup>93</sup>

James Pope<sup>94</sup> deutete die Rede Kennedys vom September 1961, die eine Ergänzung seiner Rede vom April des Jahres gewesen war, und in welcher dieser die Medien zu Selbstzensur aufgefordert hatte, als ein Missverständnis über die Rollenverteilung zwischen Administration und Journalistenschaft. Pope argumentierte, das Interesse Kennedys gelte der Sicherheit, während das Interesse der Medien der Wahrheit gelte. Als Illustration für die Probleme, die sich ergäben, wenn die Wahrheit aus sicherheitspolitischen Erwägungen verfälscht werde, griff er die Forderung von Verteidigungsminister McNamara auf, der von den Medien verlangt hatte, Informationen über Fehlschläge bei der Entwicklung des amerikanischen Zeus-Raketensystemes nicht zu publizieren.

McNamara hatte ausgeführt, Interesse der USA sei es, den Russen zu erklären, die USA hätten das bestmögliche Raketensystem.

Diese Forderung hielt Pope entgegen, das Problem mit Lügen an die Adresse der UdSSR sei, dass diese auch von den Bürgern der USA gehört würden. Ein selektives Belügen sei nicht möglich, so wie Selbstregierung nicht ohne offenen Meinungsstreit in der Suche nach der Wahrheit, bzw. der für ein Gemeinwesen richtigen Politik möglich sei.

Als zweites Argument führte Pope an, Propaganda könne wirkliche militärische Stärke nicht ersetzen. Dieses Argument illustrierte er mit einem Zitat aus einem Kommentar im *Courier Journal*, in welchem McNamaras Forderung kritisiert worden war:

"Why should we tell Americans, and listening Russians, that the Zeus is not any good, he [McNamara] asks. Why not tell them that it is the finest [...].

In other words, why not tell the public a lie? [...] If lies can be substituted for actual defense achievement, why the tremendous bother and expense?"<sup>95</sup>

#### 7.4 Gesetzgeberische Aktivitäten während des 87. Kongresses

Durch den Machtwechsel im Weißen Haus stellte sich auch die Frage, ob Gesetzesvorschläge zur Novellierung des Akteneinsichtsrechtes im 87. Kongress größere Chancen

<sup>91</sup> Pope, James S. (März 1962): *No Sustained Colloquy*, Freedom of Information Center Publication, Nr. 73.

<sup>92</sup> Motto der *New York Times*: "All the News Fit to Print".

<sup>93</sup> Johnson, Miles B.; Katz, Steven L. (1967): The Government Secrecy Controversy, a Dispute Involving the Government and the Press in the Eisenhower, Kennedy, and Johnson Administrations, New York, S. 63.

<sup>94</sup> Führender Vertreter der *American Society of Newspaper Editors*; wichtiger 'Informationsfreiheitsaktivist', Vertrauter von Moss.

<sup>95</sup> Pope, James S. (März 1962): *No Sustained Colloquy*, Freedom of Information Center Publication, Nr. 73.

auf Verwirklichung haben würden. Am 12. April 1961 brachte Senator John Carroll, unterstützt von den Senatoren Philip Hart, Edward Long und William Proxmire, einen entsprechenden Vorschlag, *S. 1567*, ein.<sup>96</sup> *S. 1567* ähnelte stark *S. 2780* aus dem 86. Kongress. In dem neuen Vorschlag war lediglich die Ausnahmebestimmung für sicherheitspolitisch sensible Informationen etwas enger gefasst, indem der diese Informationen qualifizierende Begriff "national security" durch "national defense" ersetzt worden war. Darüber hinaus enthielt *S. 1567* eine zusätzliche Ausnahmebestimmung:

"[...] Nicht herausgegeben werden sollten Informationen] submitted by another agency in whose hands the subject matter fell [...] and where non-disclosure was specifically requested by such other agency."<sup>97</sup>

Neu war auch die Bestimmung, dass das zu beschließende Gesetz gegenüber dem Kongress nicht als Rechtsgrundlage für das Verweigern von Informationen dienen dürfe.

Carroll warb für seinen Gesetzesvorschlag mit dem Argument, das Gesetz werde der Bevölkerung mehr Kontrolle über den Verbleib ihrer Steuern sichern und so den Missbrauch öffentlicher Mittel einschränken.<sup>98</sup>

Am 16. Mai 1961 brachte Senator Ervin seinen Vorschlag für ein neues Verwaltungsverfahrensgesetz, *Administrative Code Bill*, *S. 1887*, ein<sup>99</sup>, der *S. 1070*, dem Vorschlag, den Ervin während des vorherigen Kongresses eingebracht hatte, entsprach.

Zwei Tage später schlug Senator Proxmire *S. 1907* vor.<sup>100</sup> *S. 1907* unterschied sich in zwei wesentlichen Punkten von *S. 1567*. Zum einen sah der Entwurf vor, Personen, welchen eine Auskunft verweigert worden war, ein Klagerecht dagegen einzuräumen:

"If inspection of a public record should be denied or refused by an employee or official of an agency, any person denied or refused such inspection may institute suit in Federal district court and such shall have jurisdiction to issue process to require the agency to permit such inspection."<sup>101</sup>

Zum anderen war in *S. 1907* die noch in *S. 1567* vorhandene Passage gestrichen worden, welche den Behörden die Möglichkeit hatte geben sollen, sich durch das Nutzen "alternativer Wege"<sup>102</sup> Publikationspflichten im *Federal Register* zu entziehen.

In der zweiten Sitzungsperiode des 87. Kongresses wurden zwei weitere Vorschläge für eine Novellierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes, *H.R. 9926* und *S. 3410*, eingebracht. Der vom Repräsentanten Walter am 26. Januar 1962 eingebrachte Gesetzesvorschlag *H.R. 9926* (entsprach *S. 1887* des 86. Kongresses) basierte auf einem Entwurf der Anwaltskammer. Am 13. Juni 1962 brachten die Senatoren Dirksen und Carroll *S. 3410* ein.

<sup>96</sup> Carroll, John; Hart, Philip; Long, Edward; Proxmire, William (12. April 1961): [introduction of *S. 1567* a bill to amend section 3 of the *APA*], *Congressional Record*, Bd. 107, S. 5585. Während der zweiten Sitzungsperiode des 87. Kongresses ließ sich Senator Smaters als weiterer Unterstützer von *S. 1567* registrieren.

<sup>97</sup> Smith, V. James (Frühjahr 1981): *The Freedom of Information Act of 1966: A Legislative History Analysis*, *Law Library Review Journal*, Bd. 74, Nr. 2, S. 264.

<sup>98</sup> *Congressional Record* (1961), Bd. 107, S. 5585.

<sup>99</sup> Ervin, Sam J. (16. Mai 1961): [introduction of *S. 1887 (87-1)* a bill to replace the *APA*, reintroduction of *S. 1070 (86-1)*], *Congressional Record*, Bd. 107, S. 8022.

<sup>100</sup> Proxmire, William (18. Mai 1961): [introduction of *S. 1907 (87-1)* a bill to amend section 3 of the *APA*], *Congressional Record*, Bd. 107, S. 8302.

<sup>101</sup> United States; Congress (1961): *S. 1907, §3(d)*, Congress 87-1, Washington, D.C.

<sup>102</sup> Smith, V. James (Frühjahr 1981): *The Freedom of Information Act of 1966: A Legislative History Analysis*, *Law Library Review Journal*, Bd. 74, Nr. 2, S. 265.



Die in *S. 3410* enthaltenen Vorschläge für die *Public Information Section* des Verwaltungsverfahrensgesetzes hätten bei ihrer Verabschiedung einen Rückschritt gegenüber der geltenden Rechtslage verursacht. Aber auch mit den Vorschlägen der Anwaltskammer zur Neuregelung des Akteneinsichtsrechtes, die mit *H.R. 9926* im Kongress zur Diskussion gestellt wurden, war Moss nicht zufrieden, weil sie ihm nicht weit genug gingen.<sup>103</sup>

Bei allen drei Gesetzesvorschlägen im Senat erwartete Moss, dass sie bis zum Ende der ersten Sitzungsperiode nicht im Plenum zur Abstimmung gebracht werden würden. Diese Erwartung wurde bestätigt. Wie im 86. blieben auch im 87. Kongress die Vorschläge zur Novellierung des Akteneinsichtsrechtes im Verwaltungsverfahrensgesetz unbearbeitet.

Anders als bei der Behandlung von Gesetzesvorschlägen, die ausschließlich das innerhalb des Verwaltungsverfahrensgesetzes geregelte Akteneinsichtsrecht erneuern sollten, lässt sich das Nichtbearbeiten der oben genannten Gesetzesvorschläge zur Novellierung des gesamten Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht mit einer klar fassbaren politischen Opposition erklären, wie sie den Befürwortern eine neuen Akteneinsichtsrechtes gegenüberstand. Eine vollständige Novellierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes berührte wesentlich mehr Interessen als die Novellierung des Akteneinsichtsrechtes, und der große Umfang dieser Aufgabe gab wesentlich mehr Anlass zu Detailarbeit in den zuständigen Fachausschüssen des Kongresses.

Die aus der Sicht von Moss zu restriktive Formulierung des Akteneinsichtsrechtes im Vorschlag der Anwaltskammer, die einer Novellierung des Akteneinsichtsrechtes grundsätzlich offen gegenüber stand, kann als ein Hinweis für die nachrangige Bedeutung gewertet werden, die das Akteneinsichtsrecht innerhalb der Diskussion eines neuen Verwaltungsverfahrensgesetzes hatte. Wer sich als 'Autor' des 'großen Wurfes', eines neuen Verwaltungsverfahrens, profilieren wollte, hatte kein Interesse, die politischen Erfolgsaussichten seines Gesetzentwurfes durch eine zu progressive Regelung des Akteneinsichtsrechtes zu gefährden.

Die Gesetzesvorschläge für ein neues Verwaltungsverfahrensgesetz werden innerhalb dieser Arbeit lediglich erwähnt, weil sie, wären Sie beschlossen worden, auch das Akteneinsichtsrecht betroffen hätten. Die Befürworter eines neuen Akteneinsichtsrechtes strebten jedoch an, ihr Anliegen mit einem speziellen Gesetz durchzusetzen.

## 7.5 Moss und die Demokratische Partei

Im Sommer hatte 1960 der Moss-Ausschuss Kontakt zur Wahlkampforganisation Kennedys aufgenommen, um seine Arbeit mit deren Bedürfnissen zu koordinieren. Im Verlauf des Wahlkampfes war Moss weniger konkret auf seine gesetzgeberischen Vorhaben eingegangen, um nach dem erhofften Wahlsieg von Kennedy die neue Administration auf dem Gebiet der Informationspolitik nicht leichtfertig in einen Konflikt mit der eigenen Kongressfraktion zu verwickeln. Statt dessen hatte Moss die Eisenhower-Administration angegriffen. In der Pressemitteilung aus Moss' Büro zu dessen Eröffnungsrede zur *National Newspaper Week* am 8. Oktober 1960 in Reno heißt es:

<sup>103</sup> Blanchard, Robert O. (1966): *The Moss Committee and a Federal Public Records Law (1955-1965)*, Dissertation, University of Syracuse, S. 151.

"Congressman John E. Moss [...] charged last night that attempts by the Pentagon to manage the news and mislead the American people are 'a threat to our form of self-government'."<sup>104</sup>

Als Kompensation zu dieser versöhnlichen Haltung gegenüber der möglichen neuen Regierung, die der interessierten Öffentlichkeit nicht entgangen war, errang Moss vom Präsidentschaftskandidaten Kennedy die Zusage, im Falle seiner Wahl werde dieser die Inanspruchnahme des Exekutivprivileges auf sich persönlich beschränken.

Als weiteres Beispiel für Moss' Politik gegenüber seiner Partei kann seine 'Wahlkampfhilfe' bei den Kongresswahlen von 1962 herangezogen werden. Moss schickte damals einen Fragebogen zur exekutiven Informationspolitik und zur Arbeit des Moss-Ausschusses mit der Bitte an die *Associated Press Managing Editors Association*, diesen Fragebogen an dort organisierte Zeitungsredakteure zu versenden. Diese wiederum sollten den Fragebogen an die Kandidaten der Kongresswahlen im Verbreitungsbereich ihrer Zeitungen zur Beantwortung weitergeben. Gleichzeitig wurde den Kandidaten der Demokratischen Partei über die *Democratic Study Group*<sup>105</sup> ein Leitfaden zugesandt, in welchem Vorschläge für die Beantwortung des Fragebogens gemacht wurden. Die Kandidaten der Demokratischen Partei wurden darin unter anderem gebeten, in der Antwort auf die Frage, ob der Moss-Ausschuss weiter bestehen sollte, auf die Wichtigkeit dieses Ausschusses hinzuweisen und dessen Beibehaltung zu fordern.<sup>106</sup>

Es wird deutlich, dass das Verhältnis zwischen dem Moss-Ausschuss und der Demokratischen Partei im Kontext der Aussicht der Demokraten, den Präsidenten stellen zu können bzw. nach dem Erreichen dieses Zieles, nicht spannungsfrei war. Einerseits waren Moss und sein Ausschuss ein werbeträchtiges Aushängeschild wenn es darum ging, den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten anzugreifen, andererseits sollte aus Sicht der Partei die Arbeit des Moss-Ausschusses keine Konflikte zwischen Kongress und Präsidentschaft heraufbeschwören, die im Zusammenhang mit dem institutionell angelegten Konflikt der beiden Regierungsgewalten standen, denn diese institutionellen Widersprüche konnte die gemeinsame Parteizugehörigkeit nicht kompensieren. Für die Demokratische Führung des Repräsentantenhauses war es deshalb keine abwegige Frage, ob der Moss-Ausschuss 'seine Schuldigkeit nicht getan habe und gehen könne'. Auf diese Situation reagierte Moss mit seiner 'Fragebogen-Aktion'.

## 7.6 Zusammenfassung

Der Machtwechsel im Weißen Haus, der mit der Bewahrung der Mehrheit der Demokratischen Partei in beiden Häusern des Kongresses einherging, nahm der Arbeit im Moss-Ausschuss den Elan.

Vor dem Machtantritt Kennedys, zuletzt im April 1959, wurde untersucht, welche Informationen von der Exekutive zu erhalten waren bzw. zurückgehalten wurden. Diese Anhörungen waren unter dem Obertitel *Availability of Information from Federal Departments and Agencies* abgehalten worden. Der Titel für die 1963 begonnene Serie neuer Anhörungen lautete freundlicher, *Government Information Plans and Policies*.

<sup>104</sup> Ebd., S. 121.

<sup>105</sup> Die *Democratic Study Group* ist ein Zusammenschluss der Abgeordneten der Demokratischen Partei beider Häuser des Kongresses.

<sup>106</sup> Blanchard, Robert O. (1966): *The Moss Committee and a Federal Public Records Law (1955-1965)*, Dissertation, University of Syracuse, S. 123-124.

Der neue Ansatz zeigte sich auch in der Beschreibung des Erkenntnisinteresses der neuen Serie von Anhörungen. Es ging nicht mehr um ein Aufdecken nicht gerechtfertigter Informationsverweigerungen, vielmehr sollte die Logik der Informationspolitik der Regierung untersucht werden. Ein weiteres Indiz für das neue Klima zwischen Administration und Kongress ließ sich an der Bezeichnung der Sachverständigen aus der Verwaltung ablesen. Diese wurden in den Berichten des Moss-Ausschusses jetzt als "responsible and knowledgeable government officials"<sup>107</sup> bezeichnet.

Mit Kennedy war unbestritten ein neuer Geist in das Weiße Haus eingezogen. Kennedys Präsidentschaft stand im Vergleich zu der von Eisenhower für ein moderneres Politikverständnis. Dies schloss auch die Informationspolitik ein. Der Zeitgeist des Kalten Krieges, dem sich die Kennedy-Administration nicht entziehen konnte und den sie durch ihre eigene Politik durchaus mit verantwortete, machte es ihr schwer, den Wünschen der 'Informationsfreiheits-Klientel' nach mehr Transparenz zu entsprechen. Die Haltung von Kennedys Regierung war in diesem Politikfeld gespalten. Das moderne Politikverständnis Kennedys, das seine persönlich Vermarktung in den Gesellschaftsteilen der Medien einschloss, stand in deutlichem Kontrast zu Entscheidungen, die er oder seine Administration fällten, wenn es um den innenpolitischen Machterhalt oder um die Austragung des Ost-West-Konfliktes ging.

Während Kennedys Amtszeit wurde das Nutzen des Exekutivprivileges stark eingeschränkt, und Kennedy erließ eine Exekutivorder zur automatischen Deklassifizierung klassifizierter Dokumente. Diese beiden Entscheidungen fanden in der breiten Öffentlichkeit weit weniger Aufmerksamkeit als Kennedys Aufforderung an die Medien, Selbstzensur zu üben und die als *News Management* bekannt gewordene Praxis der Kennedy-Administration, die Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Ein Zitat von Arthur Krock, dem Chefkorrespondenten der *New York Times* in Washington, illustriert die Frustration vieler Journalisten über das von der Kennedy-Administration praktizierte sogenannte *News Management*:

"On the strength of almost fifty years of reporting, executive editing and editorial commentary on the news, most of it in Washington, I would make two general judgments on the management of news by the present president and [...] by his Administration as a whole: 1. A news management policy not only exists but, in the form of direct and deliberate action, has been enforced more cynically and boldly than by any previous Administration in a period when the U.S. was not in a war or without visible means of regression from the verge of war; 2. In the form of indirect but equally deliberate action, the policy has been much more effective than direct action in coloring the several facets of public information because it has been employed with subtlety and imagination for which there is no historic parallel known to me."<sup>108</sup>

Wie eine Bestätigung von Krocks Analyse liest sich der jährlicher Bericht von *Sigma Delta Chi* zum Stand der Informationsfreiheit, der am 28. Oktober 1963, kurz vor der Ermordung Kennedys, veröffentlicht wurde. Dort hieß, es die Pressefreiheit befinde sich in den USA auf einem historischen Tiefstand.<sup>109</sup>

Die für die vorliegende Arbeit wichtigere Frage nach dem Verhältnis der Kennedy-Administration zu einer Novellierung des Akteneinsichtsrechtes lässt sich nicht eindeutig

<sup>107</sup> Ebd., S. 157-158.

<sup>108</sup> Krock, Arthur A. (März 1963): *Mr. Kennedy's Management of the News*, *Fortune*, Bd. 67, S. 82.

<sup>109</sup> *Press Group Says U. S. News Freedom Is at "Lowest Ebb"* (28. Oktober 1963), *New York Times*, S. 7, Sp. 1.

beantworten, weil Moss nach Kennedys Amtsübernahme darauf verzichtete, dieses Projekt so aktiv zu verfolgen, wie er es während Eisenhowers Präsidentschaft getan hatte. Es kann unterstellt werden, dass die Kennedy-Administration trotz ihrer grundsätzlich progressiven Ausrichtung diesem Projekt skeptisch gegenüber stand, weil dadurch die informationspolitische Autonomie der Exekutive in Frage gestellt wurde. Durch die Ermordung Kennedys wurde der Konflikt um das neue Akteneinsichtsrecht in die Regierungszeit seines Nachfolgers Johnson verschoben.